

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Aus.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die sechs-spaltige Zeile je resp. deren Raum 1,- Mk.

Bei einmaliger Aufnahme 20, bei 12maliger Aufnahme 30 und bei 24maliger Aufnahme 40 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telephon-Nr. 98.

Unverlangt eingelegene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Georg Wismann, Bochum. Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Bismarckstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Tag, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Am Grabe der Mutter.

Leb' Mütterchen, an Deinem Grabe steht
Dein Sohn, Dein Lieblich, wie Du ihn genannt,
Als noch gepflegt ihn Deine weiche Hand
Mit Mutterlieb, mit Mutterlieb und Treu. —

Du ruhest lange schon — ich unterdeß
Bin alt geworden und das Leben hat
Mit rauher Faust gewirbelt mich umher,
Wie auf der Tenne das Getreid' der Wind. —

Durch Dornen schritt mein Fuß — wund und bekräut,
Ein dürst'ger Wand'rer ohne Born und Quell,
Zog ich des Weg's dahin, und öfters ward
Der Pfad gesperret mir von Getreid' und Klust. —

Ja, dornig war der Weg, und rau und steil,
Den ich gegangen bin — und wenn mir jetzt
Im Abendrot ein wenig Ruhe winkt,
So ist's die Rast nur vor dem letzten Gang. —

Doch immer, Mutter, gab Dein Bild Geleht
In allen Stürmen mir — ich dachte Dein
Im Braun des Schachs, wenn trauernd das Gebirg'
Zusammenbrach — Du warst mir Schutz und Schild. —

Und wenn ich jetzt an Deinem Grabe steh',
Ein armer, alter, lebensmüder Mann, —
Zur Mutter wieder sonder Rast und Ruh
Zog's mich mit allen Herzenstasern hin. —

Schlafe, Mütterchen! Vielleicht nur kurze Feist,
Dann ruht Dein Sohn zur Seite wieder Dir,
Wie vordem einst. — O möge leicht und lind
Sein Schlummer auch, wie Deiner, Mutter, sein! —

H. K.

Die Bergarbeiterschaft Deutschlands im Jahre 1904.

Immer sehr spät im Jahre kommen die Gesamtzahlen über den Bergbau Deutschlands im Vorjahre heraus. Erst das vierte „ Vierteljahrsheft der Statistik des Deutschen Reiches“ bringt die vollständigen Angaben über unsere Montanindustrie. Wir erfahren daraus, daß die Gesamtproduktion der Bergwerke im deutschen Reichgebiet (Deutschland und Luxemburg) 1904 an Kohlen, Erz und Salz 108 784 931 T., also bald 200 Millionen Tonnen betragen hat, über 8 1/2 Millionen Tonnen mehr wie 1903. Als Wertsumme dieser Produktion werden 1 805 779 000 Millionen Mark angegeben, 62 Millionen Mark mehr wie 1903. Jedoch ist zu beachten, daß bei der Berechnung dieser Summe nicht die eigentlichen Verkaufspreise zugrunde gelegt worden sind, sondern der Produktionswert ist am Erzeugungsort durchschnittlich geschätzt. Würden die erzielten Verkaufspreise zur Berechnung der Gesamtsumme herangezogen sein, sie wäre noch um viele Millionen Mark höher geworden.

Die Zahl der Arbeiter betrug 658 230 (davon 6282 im Luxemburgischen Eisenerzbergbau). Auf die einzelnen Bergbauarten verteilt sich die Arbeiterzahl wie folgt: Steinkohlenbergbau 490 804, Braunkohlenbergbau 82 875, Graphitbergbau 242, Asphalbergbau 279, Erdbilgenutzung 1348, Stein- und Kalksalzbergbau 15 820, Eisenerzbergbau 87 144, Zinkergbergbau 15 915, Bleierzbergbau 16 909, Silber- und Goldergbergbau 1222; die übrigen Mannschaften verteilen sich auf eine Reihe kleiner und kleinster Betriebe für andere Erzeugnisse. Ueber dreiviertel der Gesamtbelegschaft entfällt also auf den Steinkohlenbergbau.

Wie sich die Belegschaft in den Hauptbergbauarten entwickelt hat, ergibt nachfolgende Uebersicht. Beschäftigt wurden

	1904		1900	
	insgesamt	davon unter Tage	insgesamt	davon unter Tage
Steinkohlenbergbau	490 804	371 588	413 693	316 883
Braunkohlenbergbau	82 875	22 505	50 911	23 160
Salzbergbau	15 820	9 474	13 081	7 512
Erzbergbau	86 796	57 268	87 784	58 286

Hiernach ist die Zahl der Erzbergleute um rund 2000 zurückgegangen. Dies ist um so bemerkenswerter, weil von 1900 auf 1904 die Erzförderung von 14,5 auf 17,8 Millionen Tonnen zugenommen hat. Unzweifelhaft ist demnach die Arbeitskraft der Erzbergleute ganz bedeutend stärker ausgenutzt worden. Umgekehrt liegen aber die Lohnverhältnisse. Der Durchschnittslohn eines Erzbergmanns hat betragen:

	Mansfeld	Oberharg	Siegen-Rassau	Luftschlein.
1900	1013 Mk.	665 Mk.	996 Mk.	728 Mk.
1904	946	704	847	727

Der Lohn ist gefallen, die Leistung ist sehr gestiegen. Eine Ausnahme bildet nur der Oberharg, in dessen ist dort der Lohn schon immer so gering, daß ein Uebrig der schlimmste Wandel gewesen wäre; beträgt der Durchschnittslohn dort doch nur 2,33 Mk. Unbestreitbar ist ein direkter Lohnrückgang bei gleichzeitiger Mehrleistung in den größten Erzbergbaubezirken eingetreten. Da gerade die Kameraden im Erzbergbau am allererschlechtesten organisiert sind, ist ihre besonders miserable Bezahlung leicht erklärlich. Wer auf das „Wohlvollen“ der Unternehmer vertraut, der hat auf Sand gebaut.

Bei achtet man den Bergbau Deutschlands nach seiner geographischen Verteilung, so tritt auch hier die überwiegende Bedeutung des preußischen Staates hervor.

Von den Steinkohlenbergleuten waren beschäftigt in Preußen 447 919 (davon 112 216 in Schlesien, 197 604 in Westfalen, 134 357 in der Rheinprovinz, Bayern 7747, Sachsen 25 331, Schaumburg-Lippe 1082, Elb-Lothringen 8299

Es arbeiteten von den Braunkohlenbergleuten in Preußen 48 297 (davon 18 208 in Brandenburg, 20 973 in der Provinz Sachsen, 1476 in Hessen-Nassau, 5811 in der Rheinprovinz), Bayern 268, Sachsen 8400, Braunschweig 1159, Altenburg 2892, Anhalt 1488. Die 242 Graphitbergleute waren alle in Niederbayern ansässig. — Von den 1848 bei der Erdbilgenutzung tätigen Arbeitern kommen allein 848 auf die Provinz Hannover, wo (Münchener Gelede) neuerdings sich eine bedeutende Erdbilgenindustrie entwickelt. — Von den Steinsalz- und Kalksalzbergleuten arbeiteten in Preußen 10 674 (davon 8281 in der Provinz Sachsen, 8700 in Hannover, 1168 in Braunschweig, 1909 in Anhalt; der Kalksalzbergbau hat seinen hervorragendsten Hauptsitz in den sächsisch-thüringisch-harzer Bezirken. — Von den Eisenerzbergleuten arbeiteten in Preußen 21 979 (davon in Schlesien 2069, Westfalen 5496, Rheinland 8107), Bayern 849, Hessen 1809, Lothringen 11 829. — In Oberschlesien schafften 11 607 Zinkergbergleute, gleich über zwei Drittel der Gesamtzahl, von den Bleierzbergleuten (Gesamtzahl 11 804) arbeiteten 8193 in der Provinz Hannover und 4081 meistens im lutherischen Bergbau. — Das Mansfeld-Eislebener Gebiet umfaßt fast alle Kupferergbergleute, nämlich 15 818. — Die 2122 Gold- und Silberbergleute sind bis auf zwölf alle im Königreich Sachsen angelegt; bekanntlich ist hier der uralte Freiburger Silberergbergbau im Aufstehen begriffen.

Nach dieser Uebersicht stellt sich heraus, daß der weitaus bedeutendste Steinkohlenbergbau Deutschlands in Schlesien und Rheinland-Westfalen (Müdr, Wurm und Saargebiet) umgebt; danach folgen die sächsischen Reviere Zwickau, Vignau-Deisnig. Der Braunkohlenbergbau ist vorherrschend in Mitteldeutschland, speziell in Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Den Steinsalz- und Kalksalzbergbau finden wir als Großbetrieb auch fast nur in Mitteldeutschland. Hingegen geht der bedeutendste Eisenerzbergbau in Lothringen um, danach folgt Siegen-Rassau. Blei- und Zinkerze werden vorzüglich in Oberschlesien gefördert, Kupfererze im Mansfeldischen. Es gibt wenig Länder mit so vielfältigen und dabei so bedeutendem Bergbau wie Deutschland. Doch hat die Gesamtheit des Volkes davon den geringsten Nutzen. Die reichen Bodenschätze werden gehoben von den Knappen für einen meist jämmerlichen Lohn zum reichen Nutzen einer verhältnismäßig kleinen Zahl häufig müßig gehender Geldleute.

Diese Einzelheiten der Bergwerksgewinne heutzutage nicht mit der Ausnutzung der Bergwerke und Männer, sondern ihrer Kinder von 14 Jahren an sowie Mädchen und Frauen werden herangezogen zur Welterung des kapitalistischen Profites. Da neuerdings wieder von den Vertretern aller Bergarbeiterorganisationen die Forderung erhoben ist: Abschaffung der Frauenarbeit in der Bergwerkindustrie, so wollen wir zur Unterstützung der Agitation gegen die Frauenausbeutung genauer angeben, wo sie noch vornehmlich beliebt wird. Weibliche Arbeiter wurden beschäftigt (ganz Deutschland) im

	1904	1900
Steinkohlenbergbau	5485	5014
davon in		
Oberschlesien	4523	3969
Oberbayern	280	290
Königreich Sachsen	300	401
Braunkohlenbergbau	1156	1248
davon in		
Provinz Brandenburg	370	400
Provinz Sachsen	377	426
Königreich Sachsen	129	127
Altenburg	215	198
Eisenerzbergbau	1014	1371
davon in		
Oberschlesien	705	1135
Regierungsbezirk Koblenz	135	127
Zinkergbergbau	2685	2648
davon in		
Oberschlesien	2707	2488
Gesamtbergbau	10 338	10 738
davon in		
Oberschlesien	8050	7856

Wo die Frauenarbeit noch immer an gesucht wird und sogar noch zunimmt, kann jeder aus obiger Zusammenstellung ersehen. Oberschlesien ist die Heimat der „allerchristlichsten“ Gruben- und Hüttenbesitzer, von denen nicht wenige zu den Stützen des Zentrums zählen; im selben Oberschlesien sind auch die schwachen Mädchen und Frauen zu Tausenden auf den Gruben- und Hüttenwerken beschäftigt. Warum? Weil man die weibliche Arbeitskraft bedeutend billiger haben kann wie die männliche. Nur deshalb halten die „allerchristlichsten“ Zentrumsgrafen in Oberschlesien an der Frauenausnutzung fest. Würden sie ihren Werkkollegen mit volkstümlichem Beispiel vorangehen, bald wäre die bergmännische Frauenarbeit in Deutschland ganz verschwunden. Aber: „Tuet nach meinen Worten, nicht nach meinen Werken!“ Au schönen, liebevollen Worten haben es diese Muttergrafen niemals fehlen lassen, doch davon werden die Arbeiterverhältnisse nicht gebessert. In Westdeutschland stellt sich die Zentrumspartei als vorzügliche Arbeiterpartei auf, und in Oberschlesien herrschen auf den Werken der Zentrumsfreunde und Zentrumsführer Zustände, die, wenn sie im Nachbargebiete erfüllten, zweifellos einen gewaltigen, erbitterten Massenstreik hervorrufen würden.

In keinem Reviere sind die Bergarbeiterverhältnisse tabellarisch, oder auch nur halbwegs erträglich. Für tausende Millionen Mark entrichtet die Bergmannschaft dem Erdenbesitzer mineralische Schätze. Der Bergmann selbst aber ist ein armer Proletarier. Soll, darf das so bleiben, Kameraden? Nein! Ergreift das Mittel der Massenorganisation, damit nur Wut ihr auch eure Menschenrechte erobert.

Reichstag und Bergarbeiterchutz.
Sofort nach ihrem Zusammentritt hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich mit der Frage des Bergarbeiterchutzes beschäftigt. Es herrscht sich ja bei dieser Fraktion

von selbst, aber es sei doch noch extra hervorgehoben, daß sämtliche sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten der Ueberzeugung sind, der Landtag habe ein Bergarbeiterchutzgesetz geschaffen und der Reichstag sei verpflichtet, so schnell wie möglich den Bergleuten zu helfen durch ein praktisches Schutzgesetz. Wir konstatieren dies aber auch um dessen willen, weil in M. Stadtschreiber Gewerkschaftsratspräsident behauptet wird, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion würde ein Gesetz zum Schutze der Bergleute nicht annehmen, sondern alle dahingehenden Vorschläge „nur agitatorisch auszunutzen.“ Daß die sozialdemokratische Fraktion durchaus nicht auf dem Standpunkt: „Alles oder nichts“ steht, sondern mit ihren Forderungen in zeitgemäßer Weise an die bestehenden Gesetze anknüpft und sie in vernünftiger Praxis weiter zu bilden versucht, lehnen die unten abgedruckten Vorschläge. Was die sozialdemokratische Parteivertretung im Reichstage zum Schutze der Bergleute vorschlägt, ist wesentlich das, was schon 1892 im preussischen Landtag — das Zentrum beantragte! Aber die Zentrumspartei meint es nicht ernst mit ihren Bergarbeiterchutzvorschlägen, sonst hätte sie ihre 1892 im Landtage abgelehnten Forderungen im Reichstage eingebracht und — was die Hauptsache ist — nicht eher gerührt, bis die Regierung den wohlberechtigten Arbeiterforderungen die Zustimmung gab. Diesen ersten Willen hat das Zentrum im Reichstage nicht gezeigt, es hat sich mit Neben begnügt und ist jedesmal zurückgegriffen, wenn die Regierung es wollte. Bei der Zollwucherer, da war das Zentrum wie die Konservativen und Nationalliberalen fest entschlossen, da hat es nicht eher gerührt, als bis die nahrungsvorteilenden Zölle Geleget waren. Hätte das Zentrum nur einmal diese Energie für die Durchführung eines reichsgesetzlichen Bergarbeiterchutzes gehabt, er wäre längst perfekt und viele Leiden und Kämpfe blieben den Bergleuten erspart. Nachdem aber gar im Mat d. Z. das Zentrum im Landtage den schändlichen Kontraktbruch an den Bergleuten beging, gehört schon ein bergereuernder Glaube dazu, von der Zentrumspartei eine entschiedene Vertretung der Bergarbeiterchutzforderungen zu hoffen. Deswegen legen wir dem jetzt von der Zentrumsfraktion im Reichstage wieder eingebrachten Vorschlag einer reichsgesetzlichen Regelung des Bergarbeiterchutzes nur die Bedeutung eines Versuches bei, der unternommen ist, um den Bergleuten den geschwinden Glauben an die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums wiedergzugeben. Es wird sich ja bald zeigen, was dieser Versuch auf sich hat. Wer die Auseinandersetzung über die Zölle nicht im Reichstage gelesen und daraus weiß, daß sich der Zentrumsbruch, das Zentrumsverbrechen auf die Seite der Zölle und nahrungsmittelverweigerer gestellt hat, obgleich die ungeheure Volksmenge nach Abhilfe der Lebensmittelverweigerung verlangt, der weiß, warum der Arbeiter gut tut, den Zollwucherpartei sein Schicksal nicht anzuvertrauen.

Die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vorgelegten Vorschläge zur Bergarbeitergesetzgebung enthalten das, was der Bergarbeitertag in Berlin in der Hauptsache forderte. Damit hat sich die sozialdemokratische Fraktion zur Vertreterin derjenigen Forderungen gemacht, die von den Bergleuten aller Richtungen und aller Organisationen erhoben sind. Wer gewillt ist, die von den gewerkschaftlichen Organisationen der Bergleute gewünschten gesetzlichen Reformen energisch zu fördern, der verdient dafür die volle Anerkennung der Bergarbeiterchaft. Zudem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Forderungen der auf dem Berliner Bergarbeitertag versammelten Vertreter der Gesamtbelegschaften zu einer Gesetzesvorlage unterbreitete und diese sofort dem Reichstage zugehen ließ, ist der Bergarbeiterchaft bewiesen worden, daß die sozialdemokratische Parteivertretung im Reichstage das Bergarbeiterrecht fördert und schützt. Wer ehrlich sein will, muß dies dankend anerkennen.

Unnötig lassen wir den Wortlaut der Vorschläge folgen. Der erste Vorschlagsentwurf (Nr. 85 der Reichstagsdrucksachen) will im Anschluß an die Reichsgewerbeordnung die **Arbeitsverhältnisse der Bergleute** (speziell) regeln. Es ist dies der kürzeste Weg, um zu dem erstrebten Ziele zu kommen. Der zweite Vorschlagsentwurf (Nr. 86 der Reichstagsdrucksachen) will durch eine Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes im ganzen Reich das **geheimen Wahlrecht für die Knappschaftskassenwahlen** einführen. Bekanntlich hat die preussische Regierung schon vor Jahren einen für uns nicht ungünstigen Entwurf zur Abänderung des Titel 7 des Allgemeinen Berggesetzes (betr. Knappschaftskassen) ansgearbeitet, den die Werkvertreter aber auch vornehmlich wegen des vorgeschlagenen geheimen Wahlrechts bekämpften. Ist der § 74 des Krankenversicherungsgesetzes in der Weise, wie die sozialdemokratische Fraktion beantragt, geändert, dann schreibt das Reichsgesetz auch für die Knappschaftskassenwahlen das geheime Wahlverfahren vor und der Landtag kann nichts mehr daran ändern. Drittens verlangt (Nr. 86 der Reichstagsdrucksachen) die sozialdemokratische Fraktion die Vorlage eines **Reichsgesetzes über die Knappschaftskassen**, um endlich der Zersplitterung und der Arbeiterentziehung im Knappschaftswesen ein Ende zu machen. Schließlich wird (Nr. 87 der Reichstagsdrucksachen) die Vorlage eines **Reichsberggesetzes** verlangt, in dem das Bergwerkswesen im Ganzen einem einheitlichen Reichsgesetz unterstellt sein soll. Die Erfüllung der letzten Forderung wird die meisten Schwierigkeiten bereiten, deshalb sind vorher die genannten Hilfs Gesetze zu schaffen, um schneller den ärgsten und dringendsten Bergarbeiterchutzforderungen gerecht werden zu können.

Gesetz,

Betreffend die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Bergwerksbesitzern und den Bergleuten und Gesetzentwurf, betr. Änderungen der Gewerbeordnung.

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Artikel 1.

Auf das Vertragsverhältnis zwischen Bergwerksbesitzern und den Bergleuten finden lediglich die reichsgesetzlichen Vorschriften Anwendung.

Artikel 2.

Die Bestimmungen der §§ 105, 105a, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 120, 120a, 120b, 120c, 120d, 120e, 122, 123, 124, 124a

Strafen bezahlen zu können. Es ist einfach eine Unmöglichkeit, überhaupt nur Grubenarbeit zu verrichten, ohne mit dem Strafregister dieser Arbeitsordnung im Konflikt zu kommen.

Damit wäre die Wiedergabe des wesentlichen dieser Arbeitserforderung erschöpft. Dem Leser wird nun die Erregung der Vergleiche nach dem Wesen dieses Beschlusses auf die Menschlichkeit begründet erscheinen. Es bleibt den Lesern nichts anderes übrig, als flammenden Protest zu erheben; alle Mittel zu versuchen, um eine Aenderung der skandalösen Paragraphen durchzusetzen. Vor allem aber: Schließt die Weihen! Einem in die Organisation! Sie nur vermag schwerer Aktion nach dieser Richtung hin den nötigen Nachdruck zu verleihen!

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Neue Steuervorlagen bietet die Regierung dem Volke als Welterbteil, obgleich die Fleisch- und sonstige Nahrungs- und Genussmittel schon allmählich die Einkommensverhältnisse der Arbeiterklasse verschlechtert. Neue Steuern sollen auf Tabak, Bier, Dattungen, Parkkarten gelegt werden; gegen die Erbschaftsteuer haben die Arbeiter nichts einzuwenden. Wohl aber gegen das bösartige System der indirekten Besteuerung, weil es gerade die Vermissten am stärksten belastet. Als Mitte der siebziger Jahre wiederum seinen Umschwung zum Schugroß vorbereitete, erklärte er ganz offen: Das Ideal, nach dem ich strebe, ist, möglichst ausschließlich durch indirekte Steuern den Staatsbedarf aufzubringen. Dieses Programm hat er denn auch, was an ihm lag, zu erfüllen versucht. Im Jahre 1878 betrug die Einnahme aus Zöllen und indirekten Steuern 285 Mill. Mk. Sie stiegen dann mit unbeherrschter Regelmäßigkeit im Jahre 1888 auf 848 Millionen, 1890 auf 901 Millionen und betragen jetzt weit über 1000 Mill. Mk. Das bedeutet eine Steigerung um rund 700 Millionen Mark oder um 400 Proz., während die Bevölkerung um 82 Proz. stieg. Dazu soll jetzt an die neue halbe Milliarde treten, die ebenfalls wieder fast ausschließlich von den unbemittelten Klassen aufzubringen ist. Schon im Jahre 1898 berechnete man, daß bei gleicher Kopfzahl der Familie die indirekte Steuer verdoppelt:

Table showing tax percentages for different income levels: von 1000 Mk. bis 2000 Mk.: 8-7 Prozent; von 2000 Mk. bis 3000 Mk.: 7-6; von 3000 Mk. bis 4000 Mk.: 6-4; von 4000 Mk. bis 5000 Mk.: 4-8; von 5000 Mk. bis 10000 Mk.: 3-2; über 10000 Mk.: 1.

Wer sieht man deutlich die empfindende Ungerechtigkeit dieses raffinierten Steuerplans! Je ärmer man ist, desto mehr Steuern hat man zu zahlen. Und da gibt es noch unerschöpfliche Patronen, die der Arbeiterklasse deshalb die politischen Rechte vorzuziehen mögen, weil sie angeblich an den Staatslasten nicht beteiligt ist. Umgekehrt wird ein Schuß daraus! Wenn man das Maß politischer Rechte von der Steuerlast abhängig machen wollte, so müßten gerade die Wohlhabenden von den politischen Rechten ausgeschlossen werden, und zwar um so mehr, je wohlhabender sie sind. Das geht mit Sonnenklarheit aus der oben wiedergegebenen Tabelle hervor, die, wie gesagt, aus dem Jahre 1898 stammt. Deyt haben sich ihre Berechnungen wieder völlig verschoben und zwar lediglich zu Ungunsten der bescheidenen Klassen. Im Jahre 1878 betrug die indirekte Steuerlast für eine fünfköpfige Familie im Jahre 84,50 Mk. Im Jahre 1901 aber 82,75 Mk. Vom nächsten Frühjahr an wird der neue Posttarif diese Last auf mehr denn 100 Mk. im Jahre erhöhen, und dazu treten noch die neuen indirekten Steuern in Höhe von 250 Millionen, die diese Gesamtbelastung auf die Spitze treiben. Es ist Aufgabe aller unserer Kameraden, sich nicht nur gewerkschaftlich zu betätigen, sondern auch politisch sich zu organisieren zum Kampfe gegen die politische Ausbeutung.

Aus den Berggewerbegerichten.

Witten. Vor der hiesigen Spruchkammer standen am 28. November folgende Sachen zur Verhandlung: 1. Der Bergmann Schl. Klage gegen die Bede-Verwaltung auf Lohnzahlung für sechs Schichten wegen Unabgabens des Entlastungs. Kläger steht im Verdacht, die Wagennummer umgekehrt zu haben und wurde deshalb von der Verwaltung entlassen. Da die Sache bereits der Staatsanwaltschaft angezeigt ist, konnte nicht zur Verhandlung geschritten werden. Dahingegen erklärte sich die Bede-Verwaltung bereit, falls der Kläger vor dem Strafgericht freigesprochen wird, die sechs Schichten auszugeben und die Kosten zu tragen. Kläger hingegen, wenn seine Verurteilung stattfindet, leistet derselbe Verzicht auf seine Forderung und trägt ebenfalls die entstehenden Kosten. 2. Der Bergmann Schl. Klage gegen die Bede-Verwaltung wegen nichtgezahlten verdienten Lohnes in Höhe von 42,24 Mk. Kläger arbeitete mit noch drei anderen Kameraden vor dem Meister, wo sie ein Gebot von 85 Pfg. pro Wagen hatten. Am 1. September trat Steiger Meise das Revier an, am 4. hatte er schon herausgefunden, daß nach seiner Ansicht vor dem Meister das Gebot zu hoch sei und reduzierte er dasselbe um 10 Pfg. pro Wagen, womit sich Kläger nicht zufrieden gab und gegen die Bede-Verwaltung Klage einlegte. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Handlungsweise des Steigers Meise direkt gegen die Arbeitsordnung verstößt, auch jene sonstigen Einwendungen, die er machte, nicht anerkannt werden konnten, wurde Beklagte zur Auszahlung der Forderung verurteilt.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Kohlen, Holz und Weizen. Von den Kohlen, Holz und Weizenwerten des Ruhrbezirks wurden in der Zeit vom 18. bis einschließlich 30. November 1905 in zwölf Arbeitstagen und drei Feiertagen 258 010 und auf den Arbeitstag durchschnittlich 20 092 Wagen zu 10 Tonnen mit Kohlen, Holz und Weizen beladen und auf der Eisenbahn verkauft, gegen 242 081 und auf den Arbeitstag 19 564 Wagen in demselben Zeitraum des Vorjahres bei zwölf Arbeitstagen und drei Feiertagen. Demnach wurden vom 18. bis 30. November 1905 auf den Arbeitstag 528 und im ganzen 10 979 Wagen oder 4,5 Prozent mehr gefördert und zum Versand gebracht, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im Saarbezirk betrug der Verkauf an Kohlen und Holz auf der Eisenbahn vom 18. bis 30. November 1905 82 612 Wagen gegen 83 300, in Oberschlesien 91 033 Wagen gegen 88 004 und in den drei Bezirken zusammen 377 285 Wagen gegen 364 085; er war demnach im Saarbezirk 778 Wagen oder 2,3 Prozent geringer, in Oberschlesien 2300 Wagen oder 2,4 Prozent höher und in den drei Bezirken zusammen 18 200 Wagen oder 4,8 Prozent höher als in demselben Zeitraum des Jahres 1904. — Im ganzen Monat November 1905 stellte sich der Verkauf von Kohlen, Holz und Weizen auf der Eisenbahn im Ruhrbezirk auf 500 834 Wagen gegen 482 016. Im Saarbezirk auf 81 888 Wagen gegen 84 775, in Oberschlesien auf 184 877 Wagen gegen 170 555 und in den drei Bezirken zusammen auf 747 509 Wagen gegen 717 856; er betrug demnach im Ruhrbezirk 18 818 Wagen oder 3,9 Prozent mehr; im Saarbezirk 2887 Wagen oder 4,5 Prozent weniger, in Oberschlesien 14 812 Wagen oder 8,4 Prozent mehr und in den drei Bezirken zusammen 30 243 Wagen oder 4,2 Prozent mehr als in demselben Zeitraum des Jahres 1904. — Die Gesamtförderung beim der Gesamtverkauf an Kohlen, Holz und Weizen in den ersten elf Monaten des Jahres 1905 beträgt im Ruhrbezirk 5 080 808 Wagen gegen 5 214 481, im Saarbezirk 739 218 Wagen gegen 715 897, in Oberschlesien 1 804 999 Wagen gegen 1 825 548; er ist demnach im Ruhrbezirk 133 683 Wagen oder 2,6 Prozent kleiner, im Saarbezirk 23 518 Wagen oder 3,3 Prozent größer, in Oberschlesien 179 581 Wagen oder 1,1 Prozent größer, und in den drei Bezirken zusammen 60 584 Wagen oder 0,9 Prozent größer als in dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1904.

Zimmer neue Verschmelzungen können auf's Kaput. Jetzt wird gemeldet, der Siedler Bergwerks- und Hüttenverein werde die Bede-Verwaltung, Siedler Bergwerks- und Hüttenverein erwerben. Die Bede-Verwaltung ist eine Aktiengesellschaft, die am 1. Januar 1904 gegründet wurde; sie hat eine Veranschlagung von über 400 meist im Ruhrbezirk ansässiger Bergwerke, für die die Stilllegung ein schwerer Schlag ist. Welche sind noch genug im Felde der Bede, aber Mont Cenis, der die Bede vommerländer Tiefbau gehört, steht sich nach höherer Ausbeute. Wer besitzt das Eigentum?

Über den internationalen Erzebergbau und die Hoheisenindustrie orientieren folgende Zahlen, wobei zu bemerken ist, daß die für 1904 noch unvollständig sind. Die gesamte Eisenerzeugung der Welt erreichte im Jahre 1903 einen Umfang von ungefähr 100 Millionen Tonnen; an dieser Gewinnung waren die Hauptproduzenten,

nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika, Deutschland, Großbritannien und Spanien, allein mit 80 Proz. beteiligt. Die Produktion verteilte sich auf die wichtigsten Länder in folgender Weise:

Table showing iron production in 1000 tons for various countries from 1901 to 1904. Includes USA, Germany, Great Britain, Spain, France, Austria-Hungary, Russia, Poland, Italy, Canada, Belgium.

Der Verbrauch von Eisenerzen gestaltete sich in den Hauptländern, wie folgt:

Table showing iron consumption in millions of tons for various countries from 1901 to 1904. Includes USA, Germany, Great Britain, France, Austria-Hungary, Russia, Belgium, Sweden, Spain.

Mit Ausnahme verhältnismäßig geringer Mengen wurden die Erze zur Gewinnung von Hoheisen verbraucht, wobei auch noch gewisse Mengen anderer eisenerhaltiger Mineralien, namentlich Pyrite, mit zur Verwendung gelangte. An Hoheisen wurden in allen Ländern der Erde im Jahre 1903 wahrscheinlich 47 Millionen Tonnen hergestellt, wovon drei Viertel in den Hochöfen der Vereinigten Staaten, Deutschlands und Großbritanniens erblieben wurden. Auf die bedeutendsten Länder entfielen von der Gesamtzeugung in den letzten Jahren nachstehende Mengen:

Table showing pig iron production in 1000 tons for various countries from 1901 to 1904. Includes USA, Germany, Great Britain, France, Austria-Hungary, Belgium, Sweden, Spain, Canada.

In anderen Ländern wird nun sehr wenig Hoheisen hergestellt. Der Außenhandel mit Hoheisen spielt im Verhältnis zur Produktion eine nur sehr kleine Rolle.

Internationales über die Bergwerksindustrie. Mit jedem Jahre zeigt sich deutlicher, welche gewaltige Bedeutung die Kohlengewinnung für die Nationen der Erde besitzt. Kohle beherrscht, wie der spanisch-amerikanische und der ostafrikanische Krieg dargetan haben, die Weltgeschichte. Gering ist die Zahl der Länder, die nicht innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte ihre Kohlenausbeute verdoppelt haben. Steig. ist die britische Förderung von 188,7 Mill. To. in 1884 auf 282,4 Mill. To. in 1904 (1903: 268,8 Mill. To.) gestiegen. In dieser Periode wuchs die Förderung in anderen Ländern (alles in Millionen To. Steinkohle, Braunkohle sei weiter unten besonders erwähnt): in Deutschland von 54,8 auf 120,7 (1903: 118,7); in Rußland von 4,1 auf 15,0; in Spanien von 1,0 auf 2,7 und in Australien von 2,7 auf rund 7; in den Vereinigten Staaten von 108,9 auf 308,7 (1903: 314,6); in Britisch-Indien von 1,4 auf 7,8 und in Japan von 1,0 auf rund 10. In Belgien, Frankreich und Österreich erfolgte die Steigerung nicht ganz so rasch: in Belgien wuchs die Förderung in 1904 auf 18,2 auf 24,8; in Frankreich von 21,1 auf 34,0, und in Österreich-Ungarn von 8,2 auf 12,9. Die gesamte statistisch nachweisbare Weltproduktion an Kohle (Braunkohle ausgenommen) betrug in 1904 809,5 (gegen rund 700 in 1903), wovon die amerikanische Union allein rund ein Drittel, Großbritannien und die Union zusammen erheblich mehr als die Hälfte förderten. Mit 5,46 To. Kohlenförderung auf den Kopf der Bevölkerung steht Großbritannien an erster Stelle. Ihm schließen sich Neu-Süd-Wales mit 4,45 To., die Union mit 3,99 To., Belgien mit 3,42 To. auf den Kopf an. Dann folgen Deutschland mit 1,98 To., Westaustralien mit 1,77 To., während die Produktion in Frankreich nur 0,88 To., in Österreich-Ungarn 0,28 To., in Japan 0,21 To., Rußland 0,11 To., dem Kap 0,07 To., in Schweden 0,08 To. beträgt. Was die Zahl der im Grubenbetriebe beschäftigten Personen anlangt, so ergibt sich, wie bereits, der gewaltigen Förderungszunahme entsprechend, eine starke Steigerung: In Großbritannien waren oberhalb und unterhalb der Erde dabei in 1904 rund 825 000 Personen in Tätigkeit gegenüber 498 000 in 1884. In derselben Zeit nahm in Deutschland die Zahl der über und unter Tage Beschäftigten von 207 000 auf 453 000 zu; sie hat sich also mehr als verdoppelt. Die nordamerikanische Union verzeichnete eine Zunahme von 800 000 auf 521 000 Mann, Japan sogar in dem kurzen Zeitraum von 1898 auf 1903 eine solche von 21 000 auf 78 000; allerdings soll im letzten Jahre infolge des Krieges die Piffer der japanischen Vergleiche wieder abgenommen haben (die betr. Angabe liegt noch nicht vor). — Auf den Kopf der beschäftigten Arbeiter förderten: Die Vereinigten Staaten 525 To., Australien 482 To., Neu-Seeland 490 To., Großbritannien 280 To., Deutschland 240 To., Belgien 170 To., Frankreich 182 To., Spanien 123 To. In den passiven Kohlenexportländern, d. h. zu denjenigen Ländern, welche mehr Kohlen einführen als ausführen, gehörten auch im vergangenen Jahre Rußland, Schweden, Frankreich, Spanien und Österreich-Ungarn, ferner Kanada, Australien (mit Ausnahme von Neu-Süd-Wales), die Kapkolonie und andere britische Besitzungen.

Table showing coal imports and exports in millions of tons for various countries from 1904 to 1905. Includes Germany, France, Belgium, Austria-Hungary, Canada, Russia, British India, Japan, Great Britain.

Das Fortschreiten der deutschen Kohlenausfuhr wird umso mehr in die Erscheinung treten, wenn erst die in den letzten Jahren an verschiedenen Vertriebsmittelpunkten der Weltregionen angelegten, oder doch in Aussicht genommenen Kohlendepots, u. a. in Marceille, Genoa, Neapel, Algier, Port Said, Kingston etc. in Benutzung sein werden. Andererseits dürfte die neuerdings inaugurierte Tarifpolitik der deutschen Bahnen (Ausnahmetarife für westfälische Kohle nach den Häfen Schleswig-Holsteins, Mecklenburgs etc.) geeignet sein, die Einfuhr englischer Kohle einzudämmen: Aus den gegebenen Daten läßt sich durch einfache Rechnung die Kohlenmenge feststellen, die von den einzelnen Ländern verbraucht worden ist (vorausgesetzt, daß in den vorhandenen Beständen, wie ja meist anzunehmen, keine wesentliche Veränderung stattgefunden hat). Das ergibt sich nun, daß in England der Gesamtverbrauch in den beiden letzten Jahrzehnten nur sehr langsam gewachsen ist, nämlich von 134,7 auf 168,0 Mill. To. Anders die Vereinigten Staaten, welche eine Zunahme von 103,5 auf 318 Mill. To. zu verzeichnen hatten. Deutschland verbrauchte 1904 104,8 (1884: 49,5) Mill. To.; Österreich-Ungarn 17,90 Mill. To. (9,9); Italien 5,6 (2,35); Spanien 5,1 (2,35); Frankreich 47,2 (30,9); Belgien 21,9 (14,1); Rußland 18,5 (6,25); Japan 7,4

(0,82); Schweden 3,38 (1,29); In dieser Aufzählung des Kohlenverbrauches in einzelnen Ländern auch zum Teil auf den zunehmenden Übergang von der Holz- zur Kohlenheizung zurückzuführen, so beruht er doch im allgemeinen auf der intensiveren Industrietätigkeit, die sich überall kund gibt. Dies zeigt sich noch weit deutlicher, wenn man, unter Berücksichtigung der Bevölkerungszunahme, den Kohlenverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung berechnet. Überall ist mehr Kohle verbraucht worden, wo immer man hinsieht. Es verbrauchten pro Kopf der Einwohner Großbritannien in 1904 8,04 To. (1884: 8,20 To.); die Vereinigten Staaten 8,06 To. (1,98); Belgien 8,75 To. (2,47); Deutschland 1,77 To. (1,00) — bei Deutschland ist die hier nicht berücksichtigte Braunkohle in Betracht zu ziehen, etwa 0,8 To. pro Kopf —; Frankreich 1,31 To. (0,81); Australien 1,28 To. (0,18); Kanada 1,74 To. (0,64); Rußland 0,14 (0,08); Österreich-Ungarn 0,28 (0,25); Japan 0,16 (0,02).

Steigender Absatz der Fallindustrie ist das Merkmal des laufenden Jahres. Dem Oberwerke der Monatsliste nachweise über den auswärtigen Handel zufolge wurden im Monat Oktober nicht weniger als 1 187 415 Doppelkammer Fallbüchsen und Kammr ausgeführt; das ist die höchste Piffer, welche jemals erreicht worden ist. Insgesamt betrug die Ausfuhr in den Monaten Januar bis Oktober: 1903 4 034 278 Dg., 1904 4 470 278 Dg., 1905 4 818 608 Dg. Im laufenden Jahre ist nach der Statistik ziemlich genau die Hälfte der Gesamtexporte nach den Vereinigten Staaten von Amerika gegangen, in Wirklichkeit aber wohl bedeutend mehr, denn es darf angenommen werden, daß die 724 810 und 722 880 Dg., welche nach Großbritannien bezogen, den Niederlanden gegangen sind, tatsächlich größtenteils Durchgangswaren bildeten. Zu bemerken ist, daß diese Ausfuhrvermehrung erreicht wurde, ohne daß die Preise für die Ausfuhr herabgesetzt zu werden brauchten. Im Gegenteil wird von der Syndikatsleitung sogar berichtet, daß es ihr möglich war, für die ausgeführten Fallbüchsen höhere Preise zu erlangen, als sie von den Inlandsverbraucher gefordert wurden. Auch für andere Statistischergebnisse weist die Statistik erhöhte Ausfuhrmengen auf, so ist z. B. die Ausfuhr von schwefelsaurem Kalk in dem bezeichneten Zeitraum von 120 000 To. 1903 gestiegen auf 471 000 in 1904 und 585 200 in 1905. Bei dieser außerordentlich günstigen Entwicklung des Fallgeschäftes ist um so mehr bemerkenswert die schlechte Bezugsung der Arbeiter im Fallbezugs und den zugehörigen Fabriken. Kameraden behauptet: Nur eine starke Organisation kann auch Mitemgen verschaffen von den reichen Erträgen der Fallindustrie.

Aus den Unternehmerverbänden.

Eine folgenschwere Verschlechterung des Kohlenhandels der Ruhrbezirk bedeutet das Gerichtsurteil in Sachen der Deutsch-Luzemburgischen Bergwerks-Gesellschaft. Durch Urteil des Oberlandesgerichts in Hamm ist anerkannt, daß sämtliche der Deutsch-Luzemburgischen Bergwerks-Gesellschaft gehörigen Schachtanlagen von Palenwint (mit 275 000 To. Synthetisabereitung), Friedlicher Nachbar (440 000 To.) und Dannenbaum (700 000 To.) in Beziehung auf Festsetzung der Verteilungsziffer als ein Ganzes anzusehen sind, so daß der Gesellschaft eine Verteilungsziffer von 1 675 000 To. zusteht. Ferner wurde ihr das Recht zugesprochen, ihren Gläubigerbedarf aus dem Grubenbetriebe Friedlicher Nachbar zu entnehmen; hingegen ist es ihr gestattet, den Kohlenbedarf für ihren Betrieb umlagefrei zu entnehmen, ohne daß dieser Bedarf auf die Verteilungsziffer zur Anrechnung kommt. Für Friedlicher Nachbar hat somit die Deutsch-Luzemburgische Gesellschaft in der zweiten Instanz die Eigenschaft als Gläubiger nicht zur Anerkennung bringen können; für die Bede Palenwint kam in Betracht, daß sie bereits früher, als sie sich nach im Besitz des Vorkammer Vereins befand, dem Syndikat als Gläubiger angehöre. Für die Deutsch-Luzemburgische Bergwerks-Gesellschaft ist diese Entscheidung nicht ungünstig, denn es ist der Gesellschaft danach z. B. gestattet, die ganze Produktion von Dannenbaum und Palenwint für ihren Gläubigerbedarf zu benutzen und die ganze Verteilungsziffer von 1 675 000 To. aus Friedlicher Nachbar zu fördern. Aber diese Frage tritt in den Hintergrund gegenüber der prinzipiellen Wichtigkeit des Urteils. Im Verfolg dieses Urteils werden sich die Bedenankläufe durch Sittenwerke bezw. die Verschmelzungen von reinen Kohlenzweigen mit Eisen- und Stahlwerten vermehren, da nun gerichtlich anerkannt ist, daß die betr. Beden unter gewissen Bedingungen als Sittenzweige gelten. Hierdurch wird die Stellung der Sittenzweigen noch bedeutend verstärkt, was gleichbedeutend ist mit einer Erhöhung der letzten Synthetisabereitung.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Aus der gewerkschaftlichen Instruktionskommission.

Von den mannigfachen Vorteilen, welche die Gewerkschaften dem einzelnen und der Gesamtheit bieten, sind zu beachten und bei der Agitation hervorzuheben: 1. Sie gewöhnen die Mitglieder an Disziplin und Gehorsam gegen die von ihnen selbst geschaffenen Gesetze, durch welche alles in geordneter und gleichmäßiger Weise geregelt wird. Sie stärken das Selbstvertrauen des einzelnen und lehren, sich im Notfall gegenseitig zu unterstützen. Obwohl, wie überall, auch die Majorität regiert, so genießt die Minorität doch die vollständige Freiheit, deren Handlungen zu kritisieren oder auch anzufechten, indem sie sich bemüht, eine Majorität der Mitglieder für ihre Ansicht zu gewinnen. Das gesamte gesellschaftliche Leben soll ja auf diesem naturgemäßen Grundprinzip der Selbstregierung beruhen. 2. Durch die Disziplin erhalten die Ansichten und Bestrebungen der Gesamtheit den nötigen Wert und auch den nötigen Nachdruck. Macht das Vereinzelte nutzlos, so erzeugt ein fester Zusammenhalt Stabilität, und diese Sicherheit äußert sich nicht nur in finanzieller Beziehung, so wichtig diese auch ist, sondern in dem Gesamtverhalten der Mitglieder, welche als selbstbewußte Männer auftreten und dadurch oft auch schneller mehr erreichen, als durch lehrmäßige Streiks. 3. Durch den freien Meinungsaustrausch in den Versammlungen erweitern die Mitglieder ihre Anschauungen, hören die Ansichten ihrer Kameraden und kommen zu einem Verständnis ihrer Lage und erhalten dadurch die Mittel zu deren Besserung. Sie lernen die Notwendigkeit einer starken Widerstandskasse einschätzen und sind bemüht, eine solche anzuschließen, zum Schutze gegen alle Gefahren und Notfälle. 4. Sie erziehen die Mitglieder zu ökonomischen und parlamentarischen Verständnis, lehren sie die sozialen Fragen im richtigen Licht betrachten und ihre Ansichten ihren Vorgesetzten gegenüber zu erklären und zu verteidigen. Als eine wirtschaftliche Schule gibt es wenig Vereinigungen, die sich den Gewerkschaften gleichstellen können, obwohl der volle Wert und die Macht dieser Erziehung jetzt noch in der Kindheit ist. Doch das Ziel und die Macht der Gewerkschaften beschränkt sich nicht allein auf ihre Mitglieder, sondern umfaßt notgedrungen mehr oder weniger die gesamten Arbeiter eines Gewerks; denn der Einfluß der organisierten Arbeiter macht sich in allen Orten und zu allen Zeiten fühlbar.

Zwölf Gebote aus den gewerkschaftlichen Jugendjahren.

- 1. Du sollst nicht glauben, daß eine Gewerkschaft nur zum Streiken da ist, sondern stets eingedenk sein, daß dieselbe auch noch andere Aufgaben zu erfüllen hat. 2. Du sollst nicht meinen, daß eine Gewerkschaft deshalb nichts wert ist, weil Deine Idee nicht oder nicht immer Anklang findet. 3. Du sollst nicht erwarten, daß Dein Lohn schon gleich sich um ein Bedeutendes hebt, wenn Du einige Zeit Deine Beiträge an die Gewerkschaft gezahlt hast. 4. Du sollst Dir nicht einbilden, daß man mit niedrigen Gewerkschaftsbeiträgen sich hohe Löhne erringen kann, denn mit wenigen Opfern wird selten etwas Großes erreicht. 5. Du sollst nicht denken, es geht auch ohne mich in der Versammlung, denn wenn jeder Arbeiter so denken möchte, wie es leider häufig der Fall ist, dann ist es überhaupt mit der Gewerkschaft schlecht bestellt. 6. Du sollst nicht bei einer Versammlung Dich vorzeitig drücken. 7. Du sollst nicht bei einer Versammlung gar zu viel und über alles sprechen. Bedenke, daß es auch im schönsten Musikstück Pausen geben muß. 8. Du sollst nicht kapitalistische Setzungen kaufen, solange Arbeiterorganisationen von ihrer Existenz zu kämpfen haben. 9. Du sollst Dich nicht ein „Gewerkschaftsmitglied“ nennen, wenn Du nicht wenigstens ein Arbeiterblatt hältst, und nicht als eins, falls es Dir möglich ist. 10. Du sollst nicht vergessen, daß Arbeiterblätter, nachdem man sie gelesen, weitergegeben werden sollen, damit auch andere sie lesen. Arbeiterblätter sind für unsere Sache zu wertvoll, um zum Einwickeln benutz zu werden, namentlich, bevor man sie gelesen hat. 11. Du sollst nicht Pöcher und Gelehrten, welche Dich in Bezug auf die sozialen Verhältnisse aufklären und Dir den Weg zur Besserung Deiner Klassenlage zeigen können, unbeachtet lassen, um dafür erkundete

Schichten — oft recht dünn besetzt — zu lesen. Die soziale Wissen-

Das Vermögen des Arbeiterverbandes ist trotz gestiegener

Der Verband der Schiffsarbeiter hat am Schluß des

Der Zentralverband der Schiffe hat am Schluß des

Ein alter Gewerkschaftskämpfer, Friedrich Holz-

Streikverhältnisse. Das im preussisch-deutschen Klassenkampf

Die Schadenersatzfrage gegen Gewerkschaften in der Höhe

Der „Grundstein“, Organ des Zentralverbandes der Maurer

ginnen, erst dann werden die Ausgebeuteten gegen

Ein Unternehmervororgan über christliche Gewerkschaften. Die

Internationale Mundschau.

Lohnverhältnisse im österreichischen Bergbau. Unser öster-

Table with 5 columns: Bergbauart, Männer/Fürb., Sonstige erwachsene Grubenarbeiter, Erwachsende Tagelöhner, Jungen, Weibliche Arbeiter. Rows include Steinkohlenbergbau, Braunkohlenbergbau, Eisenerzbergbau, Salzbergbau, Erdwachsenbergbau, sonstigen Bergbau.

Table with 5 columns: Bergbauart, Männer/Fürb., Sonstige erwachsene Grubenarbeiter, Erwachsende Tagelöhner, Jungen, Weibliche Arbeiter. Rows include Steinkohlenbergbau, Braunkohlenbergbau, Eisenerzbergbau, Salzbergbau, Erdwachsenbergbau, sonstigen Bergbau.

Im Steinkohlenbergbau hat die Zahl der verfahrenen Schichten keine

Witzstübe auf den Gruben.

Jede Witzstübe. Fortwährende Löhne werden im Revier 7, alter

Schichten 73,66 Mt., davon gingen ab an Abzügen 18,00 Mt. und

Sehe Wismar, Schacht III und V. Der Bergmann soll eine

Sehe Wismar, Schacht III und V. Die Leute der Nachschicht

Sehe Wismar, Schacht III und IV. Die Waschküche muß

Sehe Wismar, Schacht I und II. Die Arbeiterüber, Aufschläger

Sehe Wismar, Schacht I und II. Die Arbeiterüber, Aufschläger

Sehe Wismar, Schacht I und II. Die Arbeiterüber, Aufschläger

Sehe Wismar, Schacht I und II. Die Arbeiterüber, Aufschläger

Sehe Wismar, Schacht I und II. Die Arbeiterüber, Aufschläger

Sehe Wismar, Schacht I und II. Die Arbeiterüber, Aufschläger

angefahren. Nochmals eine Verletzung mit 1.000 Mark war das Mittel, womit die Jungens kurieren werden sollten, der Herr Betriebsführer aber auch gleichzeitig die „Humanität“ der Igl. Bergverwaltung feilschender. Als der Herr vor kurzem einen entlegenen Wagen bemerkte, illustrierte er einen habermotenden Bahnschlepper mit all den Ausrüstungen, die vielleicht ein Ochsenwirth setzen Pflegenbefehlungen zurücht, aber ein Wirtlicher Bedenbehalter nicht gebrauchen sollte.

Grube Werno. Auf hiesiger Grube, No. 11, brach ein sogenannter „Sturz“ aus, der solche Dimensionen annahm, daß 750 Mann entlassen werden mußten. Wie von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, soll auf dieser Grube ein Maubausystem schiffmünder Art bestehen. Von einem ordnungsmäßigen Abbau in No. 11 ist keine Rede gewesen. Dasselbe wurde nur geschlagen und weggeschoben. Den entlassenen Kameraden, die auf den umliegenden Gruben Arbeit fanden, wurde bei Auszahlung der Abfertigung mitgeteilt, wenn sie einen Verweisungsschein beantragten, erhielten sie denselben sofort ausgestellt. Dieser besagt dieses Lebensversicherungsamt immer noch oder hat der Herr Betriebsführer noch nichts davon gelesen, daß die Sperrung aufgehoben sein soll?

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Anna, Schacht I und II, ist allgemein bekannt als die Grube, wo die meisten Ueberführungen und -Stunden gemacht werden. Wie schon an dieser Stelle mitgeteilt, müssen die Arbeiter (und zwar alle unterirdischen) pro Woche — Diensttags und Donnerstags — zwei Ueberstunden versehen. Allem Anschein nach möchte man dieses Maß arbeiten noch weiter ausdehnen, denn wir kennen Leute, welche die ganze Woche hindurch täglich eine und eine halbe Schicht versahen. Dieses sind nun, wie der allgemeine Ausdruck lautet, die „Speisfelder“. Wenn diese Leute aber glauben, sich hiermit zu retten, so ist das weit gefehlt; man bekommt zwar vorläufig einige Brocken mehr, aber man trägt auch sein höchstes Gut, die eigene Gesundheit, zu Markte. Die Folge davon ist, daß man frühzeitig unfähig wird, Grubenarbeit zu verrichten, also Invalide wird, und dann wird das hässliche Geld noch größer. Nun sind aber nicht alle Arbeiter so gesonnen, sondern den meisten ist dieses sogenannte Nacharbeiten eine Qual und wir sind der festen Ueberzeugung, wenn die Verwaltung ihre Arbeiter nicht zum freiwilligen Nacharbeiten beeinflusst, würde mancher nicht nacharbeiten. Die Beschäftigung ist folgende: Man läßt einfach vor 8 Uhr die Ventile für die Förderung nicht beginnen; wir nun jemand nicht nacharbeiten, muß er von der 110-Meter-Sohle zur 98-Meter-Sohle klettern, denn auf der 110-Meter-Sohle geht die Kohlenförderung durch bis halb fünf Uhr und während dieser Zeit ist diese Sohle nicht passierbar, dann muß er von der 98-Meter-Sohle den Schacht herunterklettern, um sich auf der 110-Meter-Sohle die Schichtmarke zu holen; und erst dann kann er endlich die Leitern hinauf zu Tage klettern. Es ist sogar schon vorgekommen, daß man Leute, welche während der Schicht verlegt wurden, zu beinflussen suchte, mit der Aufsicht bis fünf Uhr zu warten, wenn die Leute sich dann nicht sofort umstimmen ließen, durften sie ausfahren. Auch auf Anna II (Willwiesenschacht) scheint man die Verlegung zum freiwilligen Nacharbeiten zu beeinflussen, denn dort ist es der Verlegung bereits unmöglich gemacht, den Schacht herauszuklettern, es steht dort sowohl Wasser herunter, daß, wenn jemand klettern wollte, ihm die Pulse versagen würde. Die Verlegungsmittel der beiden Anlagen beantragen bei der Verwaltung, daß man ihnen gestatte, um drei Uhr auszufahren. In diesen Umständen sind die Arbeiter selbst viel schuld, denn geliebten alle Arbeiter der Organisation an, so sollte die Gewaltschicht der Kapitalherren bald gebrochen werden und die Klagen der Kameraden über schlechte Entlohnung, Behandlung und Beschäftigung würden verstummen. Solange die Unternehmer wissen, daß nach so viele Kameraden der Organisation fernstehen, erlauben sie sich, uns solche schone Behandlung zuzulassen, und kann man heute nicht mehr die Ausrede machen, die Verbände sind sich nicht einig; dieses gibt nicht mehr, denn die Verbände sind sich in wirtschaftlichen Fragen vollkommen einig — darum hinein in die Organisation, in den deutschen Bergarbeiterverband, ihr Schicksal laßt euch nicht länger beschuldigen, das Allgemeinwohl der ganzen Bergarbeiter zu schädigen, rüft euch auf, damit wir doch endlich unsere Lage verbessern können.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Grube Gotteslegen. Die „human“ Beamte auf hiesiger Grube mit demunkeltesten Kameraden umgehen, beweist der Unfall des Kameraden Lehmann. Er ist Schichtführer und die Prossinacht verlor er, daß bei Schluß der Schicht fünfzig Rubel nach dem Führer geschickt werden. Bei dieser Arbeit entleerte ein Hund, L. wollte denselben wieder aufs Gefesse bringen, aber nachkommende Hunde brüllten ihn zwischen Hund und Eisenhaken, wobei er schwere Verletzungen erlitt. Statt nun schnell zu helfen, wurde der Kamerad noch vom Obersteiger 3 Hk bestraft. Er wurde zu Tage gebordert, wo er längere Zeit ohne Verhandlung in der kalten Mannschafstube liegen mußte. Dinstag und gut soll der Mensch sein, dies merke sich die Verwaltung, daß so etwas nicht mehr vorkommen kann.

Wolfgang-Grube (Valentin-Schacht). Es ist wert, einmal der Deffentlichkeit zu zeigen, auf welche Art und Weise die Arbeiter und ihre Trabanten die Gebuld der hiesigen Arbeiter auf die Probe stellen. Früher luden wir um 8 Uhr aus, jetzt ist die Schicht verlängert. Der Ausseher Müffel beginnt um 8 1/2 Uhr die Arbeitssorte zu befragen und zwingt die Schlepper, bis 4 und 4 1/2 Uhr zu arbeiten. Bei etwaiger Weigerung gehen sie der Prämie und des Prozentaufsatzes verlustig, wenn nicht noch 2 Mk. Strafe publiziert werden. Der Herr Ausseher füllte sich wieder durch besondere Schlagfertigkeit aus. Er schlägt schwächliche Schlepper, die sich ohnehin schon abquiden müssen; um die schwere Arbeit zu leisten. Neulich verlor er eine Schicht auf zwei Dreifachen und wandte sich zum Gehen; diese Tat war aber seinem Gehirne noch nicht „glorreich“ genug. Er machte kehrt und verabschiedete dem Schlepper noch drei weitere Christen. Der Ausseher Jaguga, der die Nachtschicht zu beaufsichtigen hat, fährt schon um 8 Uhr ein und treibt alle ihm begehrenden Tagelöhner wiederholt zur Arbeit zurück. Das alles hat den Anschein, als wenn die Herren schon im Sinne der von ihnen abgesetzten Arbeitsordnung wirken, welche den Arbeitern überaus noch nicht genügend bekannt gegeben wurde, wahrscheinlich mit Absicht. Die Arbeitsordnung wurde an einem ganz ungeeigneten Ort im Bedenhaus aufgehängt, wo die jüngeren Hauer und Schlepper gar keinen Aufenthalt haben. Unsere Delegierten wurden hinausgewiesen, als sie wegen der neuen Arbeitsordnung bei dem Betriebsführer vorstellig wurden. Für den Hilfsbelegschaft soll nur ein Arbeiter-Ausschuß-Mitglied gewählt werden, obwohl der Schacht über 500 Mann Belegschaft hat und sich in drei Blöcke teilt; es wäre doch viel gerechter gewesen und auch dem Gesetz entsprechend, für jedes Feld einen Vertrauensmann zu wählen, zumal das Vergütungsschema auf 100 Mann einen Gesamtanspruch vorschreibt. Aber was kümmert die Herren Gesetz und Recht; Hauptsache ist bei ihnen, daß die Dividenden steigen. Wenn nachher ein Streik ausbricht, schreibt die großkapitalistische „Schlesische Zeitung“; Mißstände sind nicht vorhanden. Wir würden dem Herrn Streikenden empfehlen, einmal vier Wochen auf unserer Grube als Schlepper einzutreten, und dann einen Artikel zu schreiben. Kameraden, organisiert euch, sonst werden wir immer so behandelt.

Schlepper- und Pferdeträgerstreik auf Grube Wendahlbau.

Über 100 Schlepper und Pferdeträger verweigerten am 7. Dezember die Anfuhr und forderten eine sofortige Lohnerhöhung. Die Verwaltung soll den Schleppern am Pumpenschacht den Lohn reduziert haben und nach Meinung der Leute ungesetzlich, d. h. entgegen den Bestimmungen der Arbeitsordnung. Sie wurden am 7. vor der Anfuhr beim Fahrsteiger Fritemann vorstellig, der sie jedoch bausch zurückwies und ihnen sagte, sie sollten sich nur nicht einbilden, daß es Lohnerhöhung gebe. Auf diese barische Abweisung hin verließen sie den Bergplatz und blieben ausständig. Am 8. fand dann eine Belegschaftsversammlung statt, in welcher die Streikenden vollzählig erschienen waren. Kamerad Hansmann sprach einleitend über die augenblickliche Lage im Bergbau und betonte, daß er den Schritt der Ausständigen durchaus nicht billige. Bei der ungeheuren Unzufriedenheit und dem fortgesetzten provokatorischen Auftreten der Beamten und Untermänner selbst, wäre von viel Bändel vorzuziehen, daß der kleinste Funke den größten Brand entfachen könnte. Das müsse jedoch jetzt vermieden werden, schon den Unternehmern zum Trost, die ja einen allgemeinen Streik anzuziehen

haben müßten. Sie seien längst auf einen solchen gestimmt und hoffen dabei, das zu erreichen, was sie voriges Jahr, wo es ihnen gegünstigt ist, die Kumpel auf die Straße zu locken, demnach nicht erreichen konnten. Heute heißt es, kaltes Blut haben. Inwiefern die Ausständigen ein Recht zu ihrem Vorgehen zu haben glauben, sollten sie nunmehr begreifen. Darauf traten eine Reihe Schlepper auf, die wahre Leidenschaft vorzeigten. Am Pumpenschacht habe man den Schichtlohn um 60 Pfennige pro Schicht vergrößert und dieses erst am 21. November mitgeteilt, trotzdem sei die Lohnreduktion am 1. Dezember erfolgt. Eine Bedingungsänderung sei am 25. Oktober angekündigt, aber schon am 1. November erfolgt. Mehrere Schlepper im Alter von 10 bis 24 Jahren teilten mit, daß sie 2,50, 2,00—3,10 Mk. erhielten, einem Schlepper, der sonst 3,50 Mk. erhalten hat, ist der Lohn auf 3,30 Mk. heruntergerechnet und gleichzeitig angekündigt worden, daß er demnächst nur noch 3 Mark erhalten solle!!! Mehrere Leute im Alter von 17—19 Jahren traten auf und gaben an, daß sie nur 2,20—2,50 Mk. pro Schicht erhielten und daß sie mit diesem Lohn unmöglich auskommen könnten. Als einer dieser „Witklischen“ beim Fahrsteiger Fritemann vorstellig wurde und um Lohnanfrage bat, erhielt er zur Antwort, er bringe seine Fülle ja noch unter Waters Tisch strecken, er brauche keine Lohnreduktion. Der Vater soll dem bereits erwachsenen Sohn die Kost halt umsonst geben, damit er billig für die Bechenherren arbeiten kann, anstatt daß der Sohn eine Stütze der betagten Eltern sein sollte. O herrliche Weltordnung! Ein 18-jähriger Kamerad erhielt 2,20 Mark pro Schicht und muß davon sich und seine betagte Mutter ernähren. Unter Tränen führte der Kamerad aus, daß dieser Lohn zu seiner alleinigen Ernährung nicht ausreichte, daß er sich deshalb mit seiner Mutter durchhungern müsse. Es sei ihm nicht möglich, seine Kindespflicht so zu erfüllen, wie er es als anständiger rechtsdenkender Sohn für unbedingt erforderlich halte und wie er es auch gerne möchte. Dabei ist die Leistung eine horrend. Einige erzählten, daß sie 20—25 Wagen Kohlen in der Schicht laden müssen, andere, daß sie 60—100 Wagen Kohle oder Steine schleppen, daß die Schienen so miserabel instand seien, daß die Wagen fortgesetzt dazwischen fallen, das Ansehen mühten sie allein zu bergen. Wenn ein Wagnis sehr schwer, wie sich ein Kamerad abmühte, einen dazwischengefallenen Wagen auf die Schienen zu heben, steck derselbe die Hände in die Taschen und geht seiner Wege. Derselben Klagen wie im Streik, dieselbe Aufregung, kurz, eine Verarmung aus der Streikzeit. Hansmann gelang es mit größter Mühe die Gemüter zu beschwichtigen und die Ausständigen zur Annahme einer Resolution zu bewegen, in der vom 15. ab eine Lohnerhöhung gefordert wird, gleichzeitig erklärt, die Arbeit wieder aufzunehmen. In der Tat fuhr den Morgenschichtler am 9. auch vollzählig an, als aber die Kommission nachher beim Betriebsführer vorstellig wurde, wies dieser sie bausch zurück. Diese Zurückweisung rief von neuem die Empörung wach und fuhr die Mittagsschicht nicht an. Am 10. fand eine neue Versammlung statt, in welcher beschlossen wurde, nicht eher anzufahren, bis eine Lohnerhöhung zugesagt sei. Abdann wurde eine Kommission gewählt, die beim Bergamt, in der Verwaltung und beim Oberbergamt vorstellig werden solle.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Wohn. Einen neuen Betrug an den streikenden Bergleuten hat der „Vergnapper“ — entdeckt. Unter der Signatur: „Heraus mit den Sammelgeldern, sozialdemokratisches Essener Gewerkschaftskartell“ sucht es der „Vergnapper“ so darzustellen, als ob das Essener Kartell noch Sammelgelde aus der Streikzeit abzuliefern hätte. Anstatt daß wir die Butterguthsche an die Deffentlichkeit gezogen und dabei vom Beschwindelei der streikenden Bergleute geredet hätten, hätten wir uns lieber mit dem „Essener Gewerkschaftskartell“ beschäftigt, bis endlich dem alten Hansmann der Geduldsfaden riß. Der „Essener Volksfreund“ habe schon am 14. Oktober nachgewiesen, daß im Essener Gewerkschaftskartell eine große Geldvermehrung stattgefunden habe, jedoch habe die „Bergarbeiterzeitung“ darauf geantwortet, die Rede der Kartelle könne unmöglich alle Käseflöcker, die in Deutschland gedruckt werden, lesen, und da wir den „Volksfreund“ nicht hatten, diese Nummer uns auch nicht zugesandt worden ist, haben wir davon nicht eher Kenntnis erhalten, bis jetzt durch den „Vergnapper“. Wie liegen nun die Verhältnisse mit dem Essener Gewerkschaftskartell und den angeblich untergeordneten Sammelgeldern? Auf einer Konferenz der Gewerkschaftsleiter für Rheinland-Westfalen in Düsseldorf am 22. November beklagte sich der Gewerkschaftssekretär Wolslein-Essen darüber, daß der Bergarbeiterverband die Beiträge zum Essener Kartell gesperrt habe und ersuchte die Konferenz, bei unserer Verbanne dazin zu wirken, daß das Verhältnis zwischen dem Essener Kartell und dem Verbandsvorstand ein besseres werden soll. Dieser Appell war durchaus überflüssig, denn es liegt ganz allein am Essener Gewerkschaftskartell, nicht nur ein erträgliches, sondern ein recht gutes Verhältnis mit unserer Verbandsleitung herbeizuführen und auch dauernd zu erhalten. Unsere Verbandsleitung hat mit einer Reihe Kartelle in Ost-, West-, Mittel- und Süddeutschland zu unterhandeln und steht mit allen auf dem denkbar besten Fuß, warum sollte das nicht mit Essen möglich sein? Dem Kartell, was dem Kartell gehört und der Verbandsleitung was ihrige. Kamerad Hansmann nahm die Verbandsleitung in Schutz und führte den Grund an, weshalb die Beiträge für das Essener Kartell gesperrt worden waren — nicht mehr gesperrt sind — und sagte dazu irrtümlich: „... rechne das Essener Kartell erst mit uns ab und zahle uns die zukommenden Gelder, dann zahlen wir auch unsere Beiträge.“ Die Abrechnung ist jedoch schon am 12. Oktober erfolgt und sogar in Gegenwart Wolsleins und zwar, nachdem unser Vorstand in seiner Sitzung vom 4. Oktober die Beitragsperre aufgehoben hatte, was Wolslein wissen mußte, während Hansmann in jener Vorstandssitzung nicht anwesend war, also die veränderte Sachlage nicht kannte. Wolslein hätte sich seine Klagen in Düsseldorf sparen können, denn die Angelegenheit war erledigt. Das Essener Gewerkschaftskartell hat wie kein anderes mit Bienenfleiß für die streikenden Bergleute gesammelt und die hübsche Summe von 28 688,88 Mark aufgebracht und auch auf Heller und Pfennig abgeliefert, glaubte aber bei seiner Schlußabrechnung ein Unrecht auf circa 4000 Mark zu haben, da es die Sammlung selbständig betrieben habe. Die Verbandsleitung war jedoch der Meinung, daß kein Kartell eine selbständige Aktion führen könne, also auch nicht selbständig sammeln dürfe, daß deshalb auch die 4000 Mark an den Verband abzuliefern seien. Diese Anschauung hat unser Kamerad Sachse auf dem Gewerkschaftskongreß in Köln unter Hinweis auf das Essener Kartell zur Sprache gebracht und der Kongreß hat ihn in seinen Anschauungen einstimmig zugestimmt; ebenso kam die Angelegenheit auf unserer Generalversammlung zur Sprache und alles das weiß die Redaktion des „Vergnappers“, so daß es wie an den Haaren herbeigezogen aussteht, wenn sie heute schreibt, wir hätten über die Sache geschwiegen. Wir haben nicht geschwiegen und das Kartell hat nachher seinen Fehler eingesehen und ihn zugemacht. Hätte es in Wirklichkeit das Geld aber nicht abgeliefert, so wären dadurch die streikenden Bergleute durchaus nicht betrogen, sondern die Verbandsklasse

allein war geschädigt und niemand mit der Verbandsklasse als das Eigentum der streikenden Bergleute betrachten. Der Gewerkschaftskartell schuldet dem Verband heute auch noch 7000 Mark und so könnte gegenüber tut, sagen, er habe die streikenden Bergleute um diese Summe betrogen, und rufen: Heraus mit dem Gelde. Das fällt uns aber nicht ein, müssen jedoch die Angriffe auf das Essener Kartell, das sein Pflicht im vollsten Maße getan hat, mit Entschiedenheit zurückweisen. Mehr als paradox ist auch der Vergleich mit den 4000 Mark und den Butterguths. Die Butterguths gelangten während dem Streik zur Verteilung, gehörten tatsächlich den Streikenden, während die 4000 Mark beim Schluß der Sammlung als Ueberfluß übrig geblieben sind, somit nicht mehr den Streikenden, sondern dem Verband gehörten, der sie auch bekommen hat. Mußte doch der „Vergnapper“ das Essener Gewerkschaftskartell anpöbeln, sollte er uns lieber mitteilen, wie viel denn das „christliche“ Kartell in Essen aufgebracht hat. So viel wir wissen, gar nicht! Jedenfalls hat es keine Abrechnung geliefert und der „Vergnapper“ hat keine gefordert. Unsere Kartelle haben die Gelder gesammelt, mit denen auch die „christlichen“ Arbeiter unterstützt wurden, und zum Danke dafür werden sie heute in der gemeintem Weise nach „christlicher“, „Christenart“ verleumdet. Dabei reden dieselben Leute dann noch, daß wir die Bergarbeitervereine führten! So, Freunde, haben wir nicht gewettet, daß ihr uns noch Drogenlust und wie man sagt annehmen muß, gegen besseres Wissen, verleumdet, die Ehre raubt, und wir sollen schweigen! Wäre von jener Seite auch nur annähernd solche Korrektheit befolgt worden, wie von uns, der Bruderzahn brauchte nicht wieder zu toben. Diesem Zank können die Bergleute nur dadurch ein Ende machen, daß sie aufsäumen mit den verschiedenen Verbänden und sich einen schaffen, ebenso wie die Unternehmer.

Utenbohum. In die Ortsverwaltung wurden gewählt bezw. neu gewählt: J. Sch. als Vertrauensmann, J. Schl. als Stellvertreter, Jos. B. als Kassierer und K. W. und W. N. zu Beisitzern.

Witten. In die Ortsverwaltung wurden folgende Kameraden gewählt bezw. wiedergewählt: Vertrauensmann: Wilhelm Weller, Stellvertreter: Karl Schulte, Kassierer: Ernst Wegmann, Beisitzer: Otto Köbler und Hermann Hertelohy. Unser Votum wurde wiedergewählt auch das Votum von Wllh. Hansmann.

Wetzlar. In die Ortsverwaltung unserer Bahnhalle wurde gewählt bezw. neu gewählt: Eduard Koenigsmann Vertrauensmann, Grundstücken, und Hermann Weisler, Schröder Schriftführer.

Wetzlar bei Gladbach. Am 26. November versammelte uns der Wirt Gremer sein Lokal, er wollte uns dabei planmäßig machen, der Herr Gremer teile die Schuld daran. Wie gingen nun nach Gladbach in das vom Verbande gemietete Lokal, um uns gemüthlich zu unterhalten. Doch es dauerte nicht lange, so erklärte der Herr Gremer in Begleitung eines Polizisten und löste die gemietete „Versammlung“ auf. Wir ersuchten mehrmals, uns in Ruhe zu lassen und unser Zimmer zu verlassen. Da dies nicht befolgt wurde, waren wir genötigt, Anzeile wegen Hausfriedensbruchs zu erstatten. Von Tag zu Tag nimmt die Zahl der Verbände hier zu, wobei schwarze noch andere Gedanken kommen und mehr vernehmen. Drum, Anton, Red' den Degen ein und laß das Versehen sein. Auch der Wirt Gremer wird vielleicht noch einmal froh sein, wenn Verbände bei ihm verkehren, sonst könnte seine Gaststube öfter als ihm lieb ist, leer stehen.

Wetzlar. Unsere letzte Bahnhallenversammlung war schlecht besucht. Da wir in Wetzlar kein Lokal bekommen, hielten wir sie in Witten ab. Dies mag an dem schlechten Besuch mit schuld sein. Kameraden, nicht die Kleinvereine und bleibt aus solchen Wirtschaften heraus, dann werden wir auch die Wirte zwingen, ihre Lokale uns zur Verfügung zu stellen. Unsere Ortsverwaltung wurde wiedergewählt und ersuchte die Kameraden, sie nach Kräften zu unterstützen, auf daß unsere Ideale zur Wirklichkeit werden.

Wetzlar. Der Krankengeldzuschuß wird nur Montags durch den Vertrauensmann Josef Schulte, Steinmühlstraße 3, ausgezahlt. Die Kameraden von Buer, Wille und Wechsungen seien daran erinnert, daß von jetzt ab die freiwillige Krankspende von 10 Pf. erhoben wird.

Wetzlar. Am Sonntag den 26. November wurde unser Kamerad Andreas Gottwald aus Saltingen zu Grabe getragen. Viele Kameraden schenken dem Weg nach Hombruch nicht, dem so plötzlich verstorbenen Kameraden die letzte Ehre zu geben. Was dem Herrn Wetzlar an den Kumpel nicht gefiel, wissen wir nicht, doch die Worte „Ihr scheint mir eine merkwürdige Gesellschaft zu sein“, lassen nicht auf große Nächstenliebe schließen. Am Grabe eines armen Teufels, welcher das Unglück hatte, nicht zu wissen, daß er bald sterbe, deswegen auch seinen Gefährten zu sich rufen ließ, wäre vielleicht der Text vom reichen Mann und armen Lazarus angebracht gewesen. Doch das sind Geschmacksfragen. Nach etwas! Der Herr, welcher den Sarg des Kameraden lieferte, möge das nächstemal nicht so die Farbe sparen, auch wenn es nur ein Armenfarg ist.

Wetzlar. Finsterrändliche Versammlungsfreiheit. In den kleinsten Dörfern suchen die Dunkelmänner und Volksbeirater mit den schäblichsten Mitteln das unausfahrlige Vormarschbringen der freien Arbeiterbewegung aufzuhalten, sie werfen sich dem Ab der Zeit in die Speichen, aber ausfallen können sie es nicht. Viele Schwierigkeiten bereiten sie uns, davon können unsere Kameraden in den „dunkeln“ Gegenden manch erbauliches Liedchen singen, aber sie geben dadurch gleichzeitig immer neue Anregung zu neuem Kampf, denn Druck erzeugt Gehör und nicht zuletzt sind es die kolossalen Schwierigkeiten, unter denen wir unseren Ideen im Finsterrande Eingang verschaffen, die uns in unserem Erfolg begünstigt haben. In seinem Bezirk des ganzen Ruhrgebiets hat unser Verband im letzten Jahre so erfreuliche Fortschritte gemacht, wie in den Ortshäusern des „schwarzen Finsterrandes“ und längst haben wir die Christlichen an Mitgliederzahl überholt, was die Wut der Dunkelmänner immer mehr steigert. Die Saalatreiberei gilt als probatum ost und der Gewerkschaft bietet alles auf, die Wirte gegen uns mobil zu machen, selbe Führer wissen oder ahnen, daß der gesunde Sinn der Bergleute sich gegen den heute geflüchteten Bruderstreit aufzumachen, wenn die Leute die ungeschminkte Wahrheit erfahren. Die Wahrheit ist Vernein für eine Sorte „Volksbeirater“, dessen „Genug“ man sich entziehen möchte. In Punkt Einsichtlichkeit der Wirte tut schließlich die Polizei auch noch ihre Schuldigkeit und so steht uns im ganzen Finsterrande nicht ein Saal zur Verfügung. Katakomben gibt es nicht, sonst würden wir unsere Zusammenkünfte in diesen abhalten, wie einstens die ersten Christen im heidnischen Rom sie abhalten mußten. Diefelbe Bestimmungskürzung, die einstens die römischen Heiden gegen die Christen übten, läßt heute die finsterrändlichen „Christen“ gegen die organisierte Arbeiterklasse. Doch unsterblich ist aller Liebe Mühe. Für den 3. Dezember hatte der Wirt Knoll den hiesigen Bergleuten seinen Saal versprochen und war ausdrücklich abgemacht, daß die Erlaubnis zur Gründung einer Genossenschaftsbäckerei und den Arbeiterauswahlgewählten gemietet werden sollte. Obgleich die Versammlung nur durch Wundagaution bekannt gemacht worden war, daß selbst der Wirt sich vorher noch über die „mangelhafte Belanminadung“ beklagte, war schon vor der festgesetzten Zeit der Saal brechend voll, — es war eine „Streiterversammlung“ — was den Wirt und auch die Polizei recht stübig machte, denn ein solcher Versammlungsbereich ist im Finsterrande eine abnorme Erscheinung; es mußte also der Teufel dahinter stehen. Mit der Genossenschaftsbäckerei war man schnell fertig, es wurde die Gründung beschlossen. Darauf ergriff Kamerad Krolowitz das Wort, um die Stellung des Verbandes zu den Arbeiterauswahlgewählten darzulegen. Kam hatte unser Kamerad fünf Minuten gesprochen, da erschien Herr Knoll beim Bureau und forderte dieses auf, die Versammlung sofort zu schließen, andernfalls er sie auflösen würde. Kamerad Krolowitz erteilte dem Wirt die Belegung, daß er gar nicht das Recht habe, eine Versammlung aufzulösen, denn das stünde nur der Polizei unter gewissen Voraussetzungen zu, die aber hier nicht vorlägen und wozu es auch nicht kommen würde. Wie selbst hätten durchaus keine Verantwortung, die Versammlung zu schließen, ohne unsere Tagesordnung erschöpft zu sein und so tagten wir weiter. Dem Wirt blies es überlassen, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen und uns aufzufordern, das Lokal zu verlassen, falls er dazu Lust habe. Dieser Aufforderung haben wir Folge zu leisten und werden ihr Folge leisten, werden das Lokal in Ruhe verlassen, aber dann auch die Arbeiter (Stürmische Brava) Als Beirater haben die Gruben besprochen, was die den Verbandsvorstand bestimmt haben, Wahlentscheidung zu beschließen, trat der Wirt vor und forderte die Versammelten auf, sofort das Lokal zu verlassen.

Dieses Verbot ist ein schmerzliches Wort und eine gerechteste Forderung, die bei vielen in den Gewerkschaften ausstrahlt, die wir auf das Entschuldigendste mitteilen müssen. Hier- und Schnaps- gläser wurden durch die Fenster-Gelassen hinausgeworfen, andere schwebten in der Luft, andere hingen an den Wänden, andere an den Fensterrahmen. Die Polizei sah diesem Treiben nicht zu, ob sie durch ein Eingreifen die Sperrung auch nur verschlimmern könnte. Wie man behauptet, soll dieser Verfallung noch ein gerichtliches Nachspiel folgen, an dem der Wirt alle die Schuld trägt, weil er es nicht verhindern konnte, die Arbeiter-Veranstaltung zu verhindern, weshalb er so handelte und ob es wahr ist, daß ihn die Polizei aufgefordert hat, und ihn auszulassen. Wir hätten lieber gesehen, die Kameraden hätten sich beherrscht, wären ruhig nach Hause gegangen, denn dann hätten sie gezeigt, daß sie Disziplin halten können, daß sie als organisierte Arbeiter sich streng im Rahmen der Gesetzlichkeit bewegen, dem Gesetzlichkeit nicht überhingen um so strenger den in der Wirtschaft und in Gegenwart des Wirtes selbst beschließen. Doch solltet ihr, wenn auch so, nicht über, als der Fall bei unangelegener Verabreichung, die er nicht als 1000 Mann zugeht hat, indem er uns wie gemeine Lumpen aus seinem Hause gejagt hat, und das sogar, ob schon er von unseren Gräbern lebt. Wie gemeine Lumpen lassen wir uns noch nicht behandeln, denn wer das tut, ist auch ein Lump, das müßte sich Herr Knütt merken und damit er es recht deutlich merkt, daß wir sorgen wir.

Rüden. Das Bahntestament findet nicht zu Weihnachten statt.
Niederbonds. Eine niederträchtige „Christliche“ Verlogenheit. Die Zeitungspresse brachte vor Wochen schon einen Artikel über „sozialdemokratischen Terrorismus“, wonach Mitglieder unseres Verbandes einen „Christlichen“ in der ungeschicklichsten Weise zugerichtet hätten und zwar deshalb, weil er aus dem Verbandsausgängen und dem Gewerkschaften bestritten sei. Wir hielten von Anfang an den Fall für unangenehm, da doch „Christlichen“, wie es die Verbandsmitglieder einmal sein sollen, bei den „Christlichen“ keine Ausnahme finden, oder falls der Gewerkschaften dennoch unsere „unchristlichen“ Mitglieder aufnehmen, teilt er mit seinem Namen nur groben Unfug und zum anderen sind von diesen Schandgeschichten, welche die Zeitungspresse ihren Lesern vorsetzt, von 100 mindestens 99 direkt gelogen. Dennoch schreiben wir, falls die Sache auf Wahrheit beruhe, daß wir schon mit den Verbandsmitgliedern, die sich derartige Ausschreitungen haben zu schulden kommen lassen, abrechnen würden. In Nr. 47 des „Verbandsblattes“ wird geschrieben: „Einem Alt-Verbandsmitglied mußten wir selber von Niederbonds berichten. Wenn wir auf den Fall nicht eingegangen, besonders nicht in dieser ersten Zeit, aber das Interesse der Kameraden verlangt es, daß wir uns eingehend mit der Sache beschäftigen. Jedenfalls ist einem Teil unserer Kameraden schon aus der Tagespresse bekannt, daß in genanntem Orte ein Mitglied unseres Gewerkschaften von fanatischen Genossen überfallen und schwer mißhandelt wurde. Wir haben über den Fall nähere Erkundigungen in Niederbonds eingeholt und wollen den uns zugegangenen Bericht nachstehend veröffentlichen.“ Darauf folgt dann eine lange Schilderung des unehrliehen Vorfalls. Ein „Christi“ kommt aus einer Gewerkschaftsversammlung (die nach unserer Erkundigung am 7. Uhr zu Ende war), verläßt 11 1/2 Uhr die Wirtschaft Sadowski — nach Angabe des Wirtes wurde er um 1/2 Uhr nachts an die heilige Luft gesetzt — und wird dann auf der Straße von einem ihm bekannten Mann an der Gurgel gefaßt, gewürgt, zu Boden geworfen, schändlich mißhandelt und dabei gefragt: „Warum bist Du aus dem alten Verbandsausgängen und in den neuen eingetreten?“ Der Artikel schließt: „Der Herr Genosse (der Mißhandelte) ist hier in der Gemeinde sehr beliebt und als fleißiger, friedliebender Mann von allen rechtshinwendenden Mitbürgern geachtet. Er ist Mitglied des kath. Schulvorstandes. Dem alten Verbandsausgänger hat derselbe noch nie angehört. Mit demjenigen, der ihn überfallen haben, hat er vorher keinen Streit gehabt, nicht einmal über Wortgewechselt. Doch ist man sich hier ganz klar über den Fall. Sollten wir nicht so mißhandelt, weil er ein Christ war. Sämtliche, die ihn in solcher gemeiner unchristlicher Weise behandelt haben, gehören dem alten Verbandsausgänger an und stehen sehr weit links. Es ist der fanatische Dämon der Verbandsmitglieder, der so etwas Unmensliches leisten kann. In unserer Gemeinde ist der alte Verband sehr stark vertreten, und solche Ausschüsse der Macht sind schon mehrfach vorgekommen. Hier gilt wirklich das Wort: „Wirst Du nicht mein Bruder sein, dann schlag ich Dir den Schädel ein!“ Oben wird gesagt, daß man den D. angefallen und gefragt habe: „Warum bist Du aus dem alten Verbandsausgängen und in den neuen eingetreten?“ und hier heißt es „plötzlich“, daß der Mann dem Verbandsausgänger noch niemals angehört hat, als auch nicht austraten konnte und auch deshalb keines Austrittes halber nicht zur Rechenschaft gezogen werden konnte. Schon mit diesem unheimlichen Widerspruch, der nur einer „Verbandsmitglied“ passieren kann, daß sie sich vollständig selbsterklären und ihre „schöne Entschuldigung“ selbst geschrieben. Mittlerweile hat aber die Unternehmung einiges Licht gebracht und ist bis jetzt festgestellt, daß bei der ganzen Affäre nicht ein Verbandsmitglied beteiligt gewesen ist. Im Gegenteil wird berichtet, daß die zwei Haupttäter Mitglieder des „Christlichen Gewerkschafts“ sind! Und die Worte: „Warum bist Du aus dem alten Verbandsausgängen und in den neuen eingetreten?“ sind nach eigener Aussage des Mißhandelten gar nicht gefallen, noch hat er den Angreifer persönlich erkannt. Es handelt sich also um einen Akt gegenseitiger „Hilflosigkeit“, die sich nicht ereignen, wie sie bei den „Christlichen“ nicht selten vorkommen. Der nie irgend einer Organisation auch nicht das allergeringste zu tun hat. Eine Gemeinheit überdies ist es ebenfalls, wenn der „Verbandsausgänger“ behauptet, daß derartige Schlägereien hier öfter vorkämen. Schlägereien kommen in unserer Gemeinde nur vor, wenn der Freigeisterei oder eine fommene Minderheitsgesellschaft ein Fest feiert, aber niemals bei unseren Veranstaltungen. Von den „Christlichen“ Vätern zu fordern, ihre unrichtigen Darstellungen zu widerrufen, hieße an einen Unstand appellieren, den man bei dieser Sorte „Christen“ vergebens sucht.

Kellinghausen. Ein echter Bruttlinger scheint das Ausschlußmitglied des christlichen Gewerkschafts von Kellinghausen zu sein. Getreu dem Grundgedanken, liegt er immer frisch drauf los, etwas bleibt doch hängen, erzählt dieser Wahrheitsapostel in der letzten Mitgliederversammlung des Knappens „Barbara“, die Mitglieder des alten Verbandes gingen mit „gefälschten“ Antragsgesuchen in Abwesenheit der Männer zu den Frauen der Gewerkschaftsmitglieder, um dieselben zu überreden, ihre Männer in unseren Verband aufzunehmen zu lassen. Daß die ganze Geschichte von A bis Z erlogen ist, sieht anscheinend den edlen „Christen“ gar nicht an. Ein christlicher Gewerkschaftsführer darf niemals die Wahrheit sagen. Das ist der Grundtag von Vag. Brust und allem Unsein nach auch von unsern Freunden. Da in den Mitgliederversammlungen des Gewerkschafts immer die Rede herrscht, man also dort den Verband nicht vernichten kann, so vertritt der Eigenpatron Weber nun seine „Christentum“ im St. Barbara-Knappensverein. Da hat er wenigstens noch ein paar Zuhörer. Sämtliche Barbara-Verhülle dein Haupt vor solchen Anhängern.

Rothhausen. Großer Lärm wird in letzter Zeit hier geschlagen, um Mitglieder für den St. Michael-Knappensverein zu werben. In diesem Knappensverein sollen in den monatlichen Versammlungen Vorträge religiösen Inhalts gehalten werden, ferner sollen in den Unterrichtsstunden politische und apologetische Endfragen — M. Gladbacher — erörtert werden. Also ein Centrum-Knappensverein. Die edle Gesellschaft soll jährlich durch drei Fest-Veranstaltungen Apologetische Vorträge und Feste, dadurch will man die Arbeiter von ernstlichen Nachdenken über ihre traurige Lage abhalten, und sie zu Nachzweifeln des Centrum präparieren. Die Zahl der Bewerber im Verein beträgt im Jahre fünf, ob schon alle Mitglieder graue Haare haben und kaum man hier dann sehr leicht ausrechnen, wie hoch die Mitgliederzahl dieses Vereins ist. Kameraden, bleibt solchen Vereinen fern, welche nur zum Vorteile der Unternehmer ihren Zerplitterungsgelüsten fröhnen. Apologetische Vorträge können euch nichts nützen, erst muß die Magenstille erregt werden und um zu erreichen, daß die Weltordnung wirklich eine gerechte wird, braucht es einer starken Organisation und keinen St. Michaelverein. Michel, merkt du jetzt, — daß man die besten Suppen vor der Nase wegwirft!

Wittenberg. Der hiesige Anzeiger, ein Organ des streitbaren „Christen“, sucht durch seinen Berichtsbeitrag über die „Verbandsversammlung“ vom 20. November der Woche Holland, in welcher die Kameraden zu den Arbeiterausgängen aufgestellt worden seien, die Verbandsmitglieder zu führen, da nur die Rede von einer Verbandsversammlung anstatt von einem christlichen Konventikel ist. Wir stellen

bestraft, daß am 20. November eine Verbandsversammlung von Holland IV und V der Woche stattfand und der Saal überfüllt war, die einstimmig beschlossene Wahlentscheidung. Am selben Tage fand bei St. Christen eine Versammlung der „christlichen“ Holland statt, die nach Verlauf und allem mehr einem Kaffeetrinken glich. Hier haben 20 Wähler aus dem Kreis der Kandidaten aufgestellt, wozu die Verbandsmitglieder aber nichts wissen wollten.
Wittenberg. Den Mitgliedern der hiesigen Wittenbergsameraden zur Kenntnis, daß in der am 8. Dezember stattgefundenen Bahntestamentversammlung beschlossen wurde, zu Weihnachten eine Besprechung für die Familien der Mitglieder zu veranstalten. Hierzu zählt jedes Mitglied 1,50 Mark und bitten wir daher sämtliche Kameraden der hiesigen Wittenbergsameraden, dies beachten zu wollen. Die Besprechung findet am 24. Dezember, nachmittags 4 Uhr im Vereinslokal der Wive, Dredamp statt. Die Ortsverwaltung.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Aus dem Saar- und Moselbergamtsbezirk gehen eine Menge Klagen zu, von denen wir für heute nur ein paar herausgreifen wollen. So hat man es schon angekündigt, gewiß, die Schlichtung zu verweigern, indem die Nachmittagsrichter, anstatt wie früher um 10 Uhr, jetzt erst um 10 1/2 Uhr ausfahren darf. Im Abreisen der Bedingte ist man ebenfalls groß. Wehrt man sich dagegen, so wird man überdies noch verurteilt. Es heißt da: „Ja, jetzt hat die Grube den Monat, ihr habt im Sommer den Monat.“ Ein anderer Herr: „Nein, ihr dürft nicht mehr verurteilt werden, 4,70 bis 4,80 Mark; wer mehr verdient, bekommt abgebrochen.“ Einen letzten Trick hat man sich dadurch ausgesonnen, daß man den Leuten, die zufällig gut verdienen, Verfallsstrafen auferlegt, obwohl sie solche gar nicht gemacht haben. Das wird so gemacht: Ein Mann verdient beispielsweise auf seiner Arbeit im Bedingte den Monat 150 Mark. Das bildet den Vorgesetzten viel zu viel; er schreibt dem Mann einige Verfallsstrafen, die bedeutend niedriger sind, auf, so daß er, wenn er im Bedingte 25 Schichten verfahren hat, nur vielleicht 20 Schichten angerechnet bekommt, und die übrigen 5 werden dann als Verfallsstrafen gerechnet. Diese Manipulation ist zwar nicht nur moralisch verwerflich, sondern auch strafbar. Doch was sichert sich da ein richtiger Schachmacher um so etwas. Dafür gibt es bei den geringfügigen Unfällen Strafen in Höhe. Alles soll nach militärischem System gehen. Wir sagen selbst: Ordnung muß sein; dann soll aber diese Ordnung nicht einseitig gehandhabt werden, d. h. es sollen sich auch die Herren Vorgesetzten mehr an Ordnung gewöhnen. Doch so lange sich die Bergarbeiter der Saar- und Moselgruben selbst nicht einig werden, bezuglich alle dem Verbandsausgänger, ist es ganz ausgeschlossen, daß es besser wird. Die Faust im Sack zu machen, genügt nicht, ebenso wenig auch das Mundspülen; es muß geputzt werden. Darum, ihr Saar- und Moselbergleute: herin in die Organisation!
Wormsberg. In einer Bezirkskommission einigten sich die Vertreter der beiden Verbände, bei den Arbeiterausgängen gemeinschaftlich vorzugehen, um die Bedeutungslosigkeit zu klären. Es sollten 44 Verschiedenheiten gewählt werden, davon sollte der Verband 14, der Gewerkschaften 30 erhalten. Der wirklichen Organisationsstärke entsprach diese Verteilung durchaus nicht, aber da wir in „Wormsberg“ keine Säle erhalten, um zu den Verbandsmitgliedern sprechen zu können, begnügen wir uns mit dieser Verteilung. In späteren Verbandsversammlungen seitens des Gewerkschafts sollte man sich an die Abmachung nicht, ließ unsere Kandidaten fallen und stellte Gewerkschaftskandidaten auf. Daran sollten wir die ganzen Abmachungen zerreißen und da uns die Arbeiterausgänger nichts wert sind, haben wir sie den „Christlichen“ überlassen und auch unsere Wahlentscheidung beschlossen. Auf die näheren Umstände kommen wir vielleicht noch zurück.

Hannover, Braunschweig, Hesse-Nippen.

Die Gewerkschaft Hohenfeld bei Algrimm ist erst seit dem 1. Januar 1905 bis 1. Oktober 1905 einen Reingewinn von 811 418 Mk. Das ist gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres ein Mehr von 210 550 Mk. Auch für das vierte Vierteljahr stellt man ein gleich günstiges Ergebnis in Aussicht. Man sieht aus hier, wie das Glück hat, andere für sich arbeiten zu lassen, macht dabei ein glänzendes Geschäft. Eine glänzende Geschäftslage ist ohne Zweifel auch den Arbeitern lieber als ein dürftiges Gehalt, nur wenn sie sich bei diesen eine glänzende Stellung der Ehre! Der Arbeiter, der diese harten Gewinne durch seinen Fleiß geschaffen hat, soll sich auch freuen, daß er voll beschäftigt wird, dies ist Unternehmernmoral. Ehre von 8 Mark für erwachsene Tagesarbeiter könnten bei solchen Gewinnen mit Rücksicht auf die hohen Lebensunterhaltspreise, die hohen Werten und die nicht geringen Steuern, schon etwas aufgebessert werden, dies wäre Christenmoral!

Schaumburg-Nippen. Wer die Entwicklung der Organisation unter den Bergarbeitern im hiesigen Revier kennt, der weiß auch, daß wohl in keinem andern Revier die Kameraden durch den Verband so große Vorteile errangen, als es die Nippen'schen Kameraden vermochten. Um so unbegreiflicher muß jedem christlich denkenden Kameraden das Verhalten und die Gleichgültigkeit der Nippen'schen Kameraden gegen den Verband erscheinen. Obwohl die Tatsache, eine nennenswerte Lohnaufbesserung sowie auch andere Vorteile erzielt zu haben, nicht abgetritten werden kann, begegnet man bei den Nippen'schen Kameraden Anfechtungen darüber, die bei jedem Kopfschütteln hervorgerufen müssen. Am meisten hört man sagen, das wäre auch so gekommen! Es mag sein, daß die Nippen'schen Kameraden in ihrer patriarchalischen Ede von dem Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit noch nicht viel verstehen, mag auch sein, daß bei ihnen die Pflegenäugigkeit noch nicht so scharf ausgeprägt erschienen, als in größeren Industrierevieren, aber schon die eine Tatsache, daß Vater Staat so lange mit den Verbesserungen gewartet hat, bis der Verband im Interesse der Kameraden die Forderungen erhob, als die Kameraden einmütig sich organisierten, muß jedem mit gesundem Sinne Begabten sagen, wäre der Verband nicht gewesen und hätte dieser die Forderungen nicht erhoben, so warteten die Kameraden eben heute noch auf Aufbesserung ihrer Löhne. Das glaubt heute schon der dümmste Bauer nicht mehr, daß ein Unternehmer mehr gibt, als ihm abgefordert wird. Es wird auch eingewendet, die jetzige Verwaltung ist lokal. Das freut auch uns, beweist aber nur, daß es ebenfalls eine der glänzendsten Wirkungen des Verbandes für die Arbeiter ist, denn warum war dies früher nicht auch lokal? Weil man ohne Organisation auf die Arbeiter keine Rücksicht zu nehmen brauchte. Diese Tatsachen müßten die Nippen'schen Kameraden veranlassen, dem Verbands die Treue zu bewahren und mit Freude und Interesse den Verband noch mehr zu stärken zu suchen. Ihre jetzige Interesslosigkeit und Gleichgültigkeit ist straflicher Verfall, der sich früher oder später dahin richten wird, daß bei Gelegenheiten der Lohn gekürzt, sonstige Vergünstigungen genommen werden und vielleicht auch die Kameraden über die Loyalität der Verwaltung sich nicht mehr betragen werden. Es kann nur für jeden denkenden Kameraden heißen: Zeithalten an der bewährten Organisation, damit uns das Erreungene nicht wieder genommen wird und wir bei Gelegenheiten neue Vorteile erringen können. Mander kommt und redet von zu hohen Beiträgen, er vergißt dabei die früheren Leistungen des Verbandes in der Krankenunterstützung, die alljährlich hunderttausende Mark kosten wird und die die Nippen'schen Kameraden bei vorkommenden Krankheiten auch ganz gern nehmen werden. Sie vergessen auch die Notwendigkeit größerer Mittel, um den Kampf wirksamer führen zu können. Man sagt ferner: „Bei uns gibts doch keinen Streit.“ Nur Lören können das behaupten. Die Vorgänge am Deister sowie auch in früheren Jahren im Saargebiet müßten ihnen das Gegenteil lehren. Wenn dann noch dieser oder jener Meingreiß an dieser oder jener Unternehmung herumdröhlt und gar sagt, er wolle für andere Revier nicht zahlen, so sind solche Ansichten wirklich nicht ernst zu nehmen, sie beweisen, daß es noch Kameraden gibt, die sich in so bedauerlicher Rückständigkeit befinden, daß das Wesen der Organisation und die Solidarität für sie noch böhmische Dörfer sind. Beschäftigt für die Nippen'schen Kameraden ist es, wenn sie das Opfer für zu hoch halten, das in anderen Revieren schlechter bezahlte Kameraden und alle Berufsarbeiter, ja selbst die am eklefensten bezahlten Webermädchen in der Textilindustrie als dringend notwendig erkannt haben. Kameraden, fort mit der beschämenden Gleichgültigkeit, nicht rückwärts, sondern vorwärts müssen wir. Blickt euch um, erst ist die Situation rund herum, es heißt festhalten an dem Verband und neue Mitglieder gewinnen! Verneht, ihr seid gewarnt.

Provinz Sachsen, Brandenburg, Thüringen.

Seufzenberg. Auf den hiesigen Gruben, wo die Bergarbeiter organisiert waren, ist die Arbeitsordnung nach den Wünschen der Kameraden abgeändert worden. Auf den anderen Gruben haben die Arbeiter zwar gegen die Einführung der neuen Arbeitsordnung protestiert, auch erklärt, daß sie mit dem „Ding“ nicht zurecht kommen. Das war aber auch alles. Auf einigen Gruben wurde sogar kein Sterdenbüchlein dapon gesagt, weil die Kameraden von der Einführung der neuen Arbeitsordnung keine Kenntnis hatten. Über Unkenntnis sündigt vor

Strafe nicht. Zu bebauern ist nur die Interesslosigkeit der hiesigen Kameraden, obwohl es sich bei der Arbeitsordnung um ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse handelt. Auch bei den Organisierten muß es besser werden, wie müssen den Vertrauensleuten zur Seite stehen und besser in die Sache lassen, wie es hier schon passiert ist. Gatten wie besser zusammen, dann werden uns auch baldige Lokale zur Verfügung stehen, deshalb sei ein jeder Aktivist, bis daß der letzte Kamerad dem Verbands angehört.

Trebitz (Saalkreis). Ein wahres Dorado für Arbeiter scheint das hiesige Stahlbergwerk Johanneshall zu sein, sowohl in bezug der Behandlung der Arbeiter, wie auch in bezug der geachteten Löhne und sanitären Verhältnisse, so daß es unbedingt nötig ist, die hiesigen Verhältnisse der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Die einzige Entschuldigung, man für die Verwaltung des Werkes der Mansfelder Gewerkschaft legt und daher mancher erkenntlich ist. Die Behandlung der Arbeiter läßt alles zu wünschen übrig. Derselbe vollzieht sich nach den „patriarchalischen“ Grundgedanken der ostelbischen Grundbesitzer d. h. man redet die Arbeiter einander mit Du oder mit Ihr an. Wir waren bisher immer der Meinung, auch die Vergewaltigten lernten auf der Vergewaltigten doch wenigstens die primitivsten Umgangformen, welche an einen Menschen gestellt werden müssen und welche auch dem Arbeiter gegenüber angewandt werden sollen. Wir haben und hier aber, wie es scheint, getuschelt. Neben dieser durch nichts begründeten und bloß auf dem Dunkel oder sonst einer Eigenschaft der Beamten beruhenden Behandlung der Arbeiter wird aber noch das möglichste in Unterbreit getrieben und sehr oft werden Strafen verhängt, wenn die Leistung nicht den Wünschen der Beamten entspricht. Daß bei derartigen Zuständen nicht im entferntesten die berechtigtesten Vorkehrungen unternommen werden können, ist wohl selbstverständlich. Jedoch ganz im Gegenteil zu der Unterbreit und trotzdem, daß die Arbeiter die ganze Schicht durchgehend arbeiten müssen, weil überall die Wasser durchdringen, im Stahlbergwerk sogar so stark, daß es mit größter Mühe und Vorsicht gekämpft, nicht zu erkalten, sogar wasserbedachte Regenmäntel versagen, werden Löhne gekürzt von 2,80—3,80 Mk. auf diesem Wasserwerke. Die Folge davon ist dann auch, daß es auf dem Werke hergeht wie in einem Laubensbüchse. Mangel an Arbeitern ist immer vorhanden. Wer nur irgend die Möglichkeit hat, was anderes unterzukommen, schließt den Staub, will sagen das Wasser aus den Stellen und geht seiner Wege, die zurückbleibenden Kameraden behauert, welche aus irgend welchen Gründen hier weiter fronden müssen. Daß es mit den sanitären Verhältnissen auf solch einem Wasserwerke nicht von selbst bestellt ist, versteht sich wohl am Rande. Wir wollen nur einige Proben davon zur Kenntnis bringen und hoffen, daß der Vergewaltigte hier einmal gründlich eingreift und Abhilfe schafft. Vor allem sollen sich die Strecken und Vremberge in einem geraden schauerhaften und lebensgefährlichen Zustand befinden. Die Strecken sind schamlos, in den Stellen hängen Schuttmassen, welche jeden Augenblick herüberbrechen können und schon öfters herübergefallen sind und dadurch das Leben der Arbeiter in Gefahr bringen. Die Vremberge sollen in einem heftigen Zustande sein. Keine Sicherungen sind angebracht während des Betriebes für die dort Beschäftigten. Es ist ferner kein Nebenfließen vorhanden, wo die Arbeiter gehen können, sobald die Vremberge benutzt werden müssen, welche so steil und schlüpfrig sind, daß sehr oft die Arbeiter fallen und Verletzungen erleiden. Ebenso fehlt es mit der Verwitterung der Grube aus. Ventilatoren zur Zuführung frischer Weiler sind selten zu finden, so daß eine dumpfe schwüle Luft vorhanden ist, wodurch die Arbeiter immer in Schweiß gebadet sind. Geradezu gefährlich für die Gesundheit wirkt aber die Nichtzufuhr von frischem Weiler bei den Schichtarbeiten, indem die giftigen Sprengstoffe nicht schnell genug abziehen und dadurch Erkrankungen, hauptsächlich der Augen und inneren Organe, herbeigeführt werden. Ebenso fehlt es an Trinkwasser auf dem Werke und sind die Arbeiter quälendem Durst ausgelegt. Wenn wir dann noch anführen, daß die Vademere nicht genügen, daß das Badewasser oft ihnen Temperaturwechseln unterworfen ist, die Mannschaftskübe, wie uns mitgeteilt wird, einem großen Stall ähnlich sieht, auch keine verschließbaren Schränke vorhanden sind und auf diese Weise schon vier Arbeitsstücke abhandeln gekommen sind, wenn ferner die Abortkubel nicht genügend geleert und desinfiziert werden, so daß ein pestilenzartiger Gestank im weiteren Umkreise herrscht, wo solch ein Mäkel steht, so ist damit wohl ein Bild von den sanitären Zuständen auf diesem Werke gegeben. Und bei solchen grauenhaften Umständen, wo mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter in einer ganz schrecklichen Weise gespielt wird, da mag es ein Abgeordneter, Herr Burgdorf, bei Besichtigung der Bergwerkswerke zu sagen: Nicht wegen der schweren und gefährlichen Arbeit, sondern wegen des Vademere vom 14. Jahre an glüge die Gesundheit der Bergarbeiter zurück. Wahrlich, die Gebuld der Vergewaltigten ist noch größer, als die Privatität des Unternehmerns. Aber es muß die Aufgabe der auf dem Werke Johanneshall beschäftigten Arbeiter sein, selbst mit Hand anzulegen, damit diese trassen Mißstände, welche auf allen Gebieten, wo Arbeiterinteressen, sei es die Art der Behandlung oder die Lohnhöhe und Arbeitszeit, oder endlich die sanitären Verhältnisse, in Frage kommen, beseitigt werden. Um dieses aber zu erreichen, ist es notwendig, daß die dortigen Kameraden sich ihrer Verbandsorganisation, dem Verbands der Bergarbeiter Deutschlands, anschließen und die Arbeiterpresse lesen. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, auch dort Verhältnisse zu schaffen, die einigermaßen menschlich genannt werden können.

Zeitz-Weisenfelder Braunkohlenrevier. Von der neuerdings durch die nunmehr vollendete Kustbahn mit dem Wert Nippen verbundenen Grube Neuzsch kommen wieder massenhaft Klagen der Bergarbeiter über ein heilloses Ueberfüllungswesen. Beide Werke gehören der Weischen-Weisenfelder A.-G. und haben wir schon mehrfach Veranlassung gehabt, öffentlich Mißstände auf diesen Werken zu rügen. So namentlich über schlechtes Wagenmaterial auf Wert Nippen. Damit ist es nun in letzter Zeit besser geworden. Durch die schlechten Verhältnisse im unterirdischen Betriebe dieser Grube ist es aber gekommen, daß die Verpaltung stets mit Arbeitermangel zu kämpfen hat. Dieser chronische Arbeitermangel rührt daher, weil die Verwaltung sich nicht dazu verstehen kann, auf besonders schwierig zu besetzenden, weil zu heißen Stellen, besondere Leute zu stellen und diese außerhalb des Gebietes anständig, der schweren Arbeit entsprechend, zu bezahlen! Dabei gleicht die Grube auch einem Laubensbüchse und die vorhandenen Arbeiter können nicht genug Ueberstunden verfahren. Als vor einiger Zeit wieder einmal eine Anzahl Leute den ganzen Sonntag am Deubau der Weisenfabrik beschäftigt waren, überachte sie der von dritter Seite aufmerksam gemachte Gendarm. Er veranlaßte die Einstellung der Arbeit und untere die „Teilnehmer“. Es haben auch Vernehmungen in der Sache stattgefunden. Daß aber die Gesellschaft als Austragsgeberin zu der Arbeit bestraft werden wäre, davon hat man bis heute noch nichts gehört. Ebenfalls Klagen die Arbeiter der Grube Neuzsch über die Zustände in der dort befindlichen Vademerkstalt. Die Vademere sind derartig verrotten, — wahrscheinlich verrotten — daß sie teilweise kaum noch Wasser geben. Der den Fußboden bedeckende Lattenbelag ist vielfach zerbrochen, so daß die Arbeiter Gefahr laufen, sich bei Benutzung des Vades die Beine zu verletzen. Rassistische Vorhänge an den Eingängen zu den einzelnen Stellen der Vademerkstalt verhaften uns die nötige „Einsicht“ von der „Zufürsorge“, dessen sich die Weischen-Weisenfelder A.-G. ihren Arbeitern gegenüber rühmen darf.

Königreich Sachsen.

Manscher Grund. Eine sehr stark besuchte Vergewaltiger-Versammlung, in welcher Kamerad Langhork referierte, wählte eine Kommission von drei Mann, welche folgende Forderungen an die Werksverwaltung einreichen soll. 1. Eine Schichtlohnüberhöhung um 50 Pfg. Das Gebude ist so zu regeln, daß sich der Lohn, gegenüber dem jetzt verdienten um ebenfalls 50 Pfg. zu erhöht und Mann erhöht. 2. Wöchentliche Lohn- bezw. Urlaubszahlung. 3. Einen mehr einheitlichen Lohn, damit nicht solche trasse Unterschiede in den Löhnen der sonst unter gleichen Verhältnissen arbeitenden Kameraden vorkommen. 4. Aufhebung der Sperre, die darin besteht, daß ein von der Grube abgehender Arbeiter auf anderen Werken innerhalb einer bestimmten Frist nicht angenommen wird.“ Sämtliche Kameraden äußerten sich zu Gunsten dieser Forderung.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Beuthen. In der am 8. Dezember stattgefundenen Mitglieder-Versammlung für Kobbeg und Beuthen referierte Kamerad Scholtyski, über das neue Statut unseres Verbandes. Seine Ausführungen fanden großen Beifall. Beschlossen wurde, eine Schloßfestfeier abzuhalten, sowie Kranzspendenmarken einzuführen. Eintrittskarten für die Feier, sind bei den Kassieren zu haben.

Neurode. (Zur Erinnerung an den Neurode Streik.) Am 5. Dezember war es ein Jahr, als der Streik auf den Wagglagen Werken in Neurode ausbrach. Wohl keiner dachte daran, daß dieser

